

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Walter Jaide
Über die Unruhe
in der jungen Generation

Jürgen Weber
Utopisches Denken als Faktor
der politischen Wirklichkeit

Klaus Hildebrand
Deutschland, die Westmächte
und das Kolonialproblem

B 22/69

31. Mai 1969

Walter Jaide, Dr. phil., Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Hannover, geb. 10. Mai 1911 in Berlin, betreibt empirische Jugendforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Die junge Arbeiterin (Mitherausgeber) 1958; Die Berufswahl, 1961; Eine neue Generation, 1961; Das Verhältnis der Jugend zur Politik, 1963; Junge Arbeiterinnen, 1969.

Jürgen Weber, cand. phil., geb. am 19. September 1944, Studium der Politikwissenschaft, Romanistik und Geschichte in Mainz und Straßburg, promoviert z. Z. über den Europarat.

Veröffentlichungen: Die demokratische Alternative zum Kommunismus, in: Politische Studien, 19. Jg., H. 178, 1968; Die Bemühung der

Beratenden Versammlung des Europarats um Effektivität, in: Europa-Archiv, 23. Jahr, H. 19, 1968; Sinn und Problematik der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/68.

Klaus Hildebrand, Dr. phil., wiss. Assistent am Historischen Institut der Universität Mannheim, geb. 18. November 1941 in Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919—1945, München 1969; Stufen der Totalitarismus-Forschung, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968); ferner Aufsätze, Forschungsberichte und Rezensionen u. a. zur Geschichte des preußisch-deutschen Staates, der internationalen Beziehungen und der beiden Weltkriege.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Über die Unruhe in der jungen Generation

Zuerst als Vortrag gehalten auf der Delegiertentagung des Landesjugendringes Nordrhein-Westfalen, Februar 1969.

Dem Hörerkreis entsprechend behandelt der Vortrag die Frage: Wird die von Teilen der Studenten und höheren Schüler seit 1965 vorgebrachte Opposition nur auf diese als eine schichtspezifische Bewegung beschränkt bleiben? Oder hat „die“ Opposition — mit welchem Kontext und Stellenwert auch immer — bestimmte „Disharmonien“ unserer Gesellschaft zur Sprache gebracht, die viel weitere Kreise der jungen Menschen angehen, ob sie es bereits zur Kenntnis nehmen oder nicht?

Damit stellt sich die weitere Frage, ob und wann diese Kreise der Jugend das „tua res agitur“ bewußt erfassen werden (oder bereits erfaßt haben), und wie sie à la longue mit der Opposition der Studenten und Schüler bzw. mit bestimmten Gruppen unter ihnen aktiv kooperieren werden.

Porträt einer Generation

Trotz der Angleichung in Kleidung und Gehaben unter den jungen Menschen heute darf man die Aufgliederung der Jugend auf unterschiedliche Sozialgruppen nicht außer acht lassen. Diese Unterschiede lassen sich in knapper Form folgendermaßen darstellen:

Die Zahl der 14—20jährigen in der Bundesrepublik beträgt ca. 5,3 Millionen, die Zahl der 21—25jährigen etwa 3,3 Millionen, die der älteren Menschen über 60 Jahre ca. 10,8 Millionen.

Ein Drittel eines Jahrgangs erreicht praktisch nicht das Ziel der acht- oder neunklassigen Volksschule. 6 % etwa besuchen Sonderschulen. Ein gutes Drittel durchläuft Volks- und Berufsschulen ohne Schwierigkeiten.

Von den männlichen Volksschulabsolventen nehmen etwa 8 %, von den weiblichen etwa 20 % nicht an einer vollständigen, im traditionellen Sinne als Lehre qualifizierten Berufsausbildung teil.

Ein knappes Drittel — im Zuge sehr langsamer Zunahme seit 1945 — absolviert heute auf direktem oder indirektem Wege eine weiterführende Schul- oder Fachschul- oder Hochschulausbildung (von ihren Vätern hat nur ein Viertel an einer weiterführenden Bildung teilnehmen können).

Je ein Drittel der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen wohnt in Dörfern und Flecken, in kleinen und mittleren Städten oder in Großstädten.

Beide Eltern leben noch, und zwar in ehelicher Gemeinschaft bei ca. 75 %.

Vater bzw. Mutter oder beide sind verstorben bei ca. 20 %. Die Eltern sind geschieden oder getrennt bei etwa 5 %.

Etwa 10 % der heute 20jährigen sind schon selbst verheiratet. Fast alle wollen heiraten und zwei Kinder haben: Junge und Mädchen. Ein Fünftel der Jugendlichen ist ohne Geschwister aufgewachsen, ein Drittel als Zweitkinder, der Rest mit mehreren Geschwistern zusammen, darunter ein Zehntel in kinderreichen Familien.

51 % sind evangelisch, 44 % katholisch, 5 % nennen keine Konfession.

Die monatlichen Einkünfte schwanken je nach Ausbildung, Geschlecht und Lebensalter von

Jürgen Weber:

Utopisches Denken als Faktor der politischen Wirklichkeit S. 14

Klaus Hildebrand:

Deutschland, die Westmächte und das Kolonialproblem S. 23

40 bis 500 DM und mehr; das wöchentliche Taschengeld, je nach dem, ob man die Füße noch unter Mutters Tisch setzen kann, von 5 bis 50 DM oder mehr.

Dementsprechend schwankt auch die wochentägliche Freizeit (nach Geschlecht und häus-

licher Mithilfe) zwischen zwei und acht Stunden.

Die Jugendlichen rauchen täglich 0 bis 20 Zigaretten. Die meisten wünschen sich ein Auto — und sind einstweilen Radfahrer.

Aus ihrem Einkommen gehen jährlich ca. 12 Mrd. DM kaufend zu Markte.

Mitglieder in Jugendorganisationen (zum kleinen Teil in mehreren) sind etwa 40 %. Die Jungen sind es häufiger als die Mädchen, die älteren häufiger in Verbänden als in Vereinen, von den Studenten etwa 25 %.

Von allen sind etwa 3—4 % in politischen Gruppen und ebenso viele in karitativen; von den Studenten ebenso viele in schlagenden Verbindungen.

Etwa 60 % sind weder in Verbänden noch in Vereinen organisiert.

An den Veranstaltungen des „Offenen Raumes“ nehmen etwa 20 % teil.

An keinerlei Fortbildungskursen nehmen etwa 75 % teil (besonders selten die Volks- und Berufsschüler).

Etwa 5 % leiden unter körperlichen Behinderungen oder Krankheiten.

Etwa 60 % stammen sozial aus der unteren Mittel- oder oberen Unterschicht, die übrigen aus höherem oder minderem sozialen Milieu.

Hinter diesen einfachen Zahlen stecken recht beachtliche *Ungleichheiten* für Lebensstart und Lebenschancen unserer jungen Menschen. Aus ihnen dürften auch beachtliche Unterschiede in ihrer Bewußtseinsbildung erwachsen, so daß diese Generation kein einheitliches, universelles Bild abgibt und sich nur schwer untereinander solidarisieren kann.

Dabei ist zu fragen, wie sich ein solches Bild vielfältiger Ungleichheiten ausnimmt gegenüber der Situation der Jugend in anderen Ländern — sei es in benachbarten Industrienationen, sei es in Ländern des Ostblocks oder in Entwicklungsländern. Ferner ist zu fragen, in welcher Bewegung sich diese Ungleichheiten befinden: in Richtung auf soziale und kulturelle Integration und Nivellierung oder auf Differenzierung und Desintegration.

Wegen dieser Vielfalt von Ungleichheiten gibt es nicht bzw. kann es gar nicht geben eine einhellige Jugendideologie (was *die* Jugend sein solle und könne) und auch keinen einheitlichen Jugendraum, in dem *die* Jugend auf ihr Leben wartet, sich vorbereitet und anpaßt

oder auch opponiert und neue Konzeptionen entwickelt und einen universellen Generationskonflikt vom Zaune bricht.

Im Rahmen solcher nationalen und internationalen Ungleichheiten gibt es seit etwa 1965 in aller Welt, von Minoritäten ausgehen, eine Jugendopposition gegen — um es in einem Satz vorwegzunehmen — verkrustete ideologische, institutionelle, ökonomische Fassaden vor nicht eingehaltenen (Reform-)Versprechen der Erwachsenengesellschaft in West und Ost und Süd!

Es wäre nicht nötig gewesen, sich durch diese Jugendopposition überraschen zu lassen. Man hätte in der Bundesrepublik um die Jahre 1955/56 Indikatoren für teilweisen Einstellungswechsel zwischen der eigentlichen Nachkriegsgeneration, wie sie Helmut Schelsky geschildert hat, und einer in höherem Maße aufgeschlossenen, anteilnehmenden, kritischen Jugend¹⁾ zur Kenntnis nehmen und nach wiederum zehn Jahren — also etwa um 1965 — einen neuen Dominanzwechsel in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugend erwarten können, wenn man sich nicht so gern an die unglückseligen Universalklischees wie „angepaßt, entideologisiert, pragmatisch, privatistisch, indifferent“ geklammert hätte, sondern die Mannigfalt tiefgehender Unterschiede der Anteilnahme und Meinungsbildung schon zu Beginn der sechziger Jahre samt ihren Konsequenzen in Rechnung gestellt hätte.

„Man hätte“ unter den (von Habermas 1961 und Jaide 1963) sogenannten Engagierten diejenigen genauer ins Auge fassen können, die bereits damals in ihren Organisationen überanspruchert oder entmachtet oder enttäuscht oder aus ihnen hinausgeworfen oder sonst in ihren Reformideen frustriert wurden und in denen sich allmählich eine Extremisierung ihrer Ansichten und Widerstand gegen das bestehende System entwickelte.

Man hätte auch aus dem Munde der damaligen Skeptiker schon fast alle Themen und Positionen der heutigen Kritik und Opposition und die Stimmungsmusik tiefen Mißtrauens vernennen und immerhin erwarten können, daß sie — bzw. einige von ihnen — aus ihrem damaligen Resignations-Schmollwinkel heraus eines Tages zu Aktion und Protest übergehen würden.

¹⁾ Walter Jaide, Eine neue Generation? München 1961; ders., Das Verhältnis der Jugend zur Politik, Neuwied 1963; ders., Leitbilder heutiger Jugendlicher, Neuwied 1968.

Auch hätte man von den sogenannten Interessierten, die unter passivem Wohlverhalten so fair, objektiv, vielseitig zu diskutieren wußten, vermuten können, daß sie sich (bzw. ein Teil von ihnen) mit Protestaktionen und Protestparolen solidarisieren würden, wenn es nicht mehr anders ginge. Genügend Informationen, genügend politisch-moralische Resonanz dafür schien bei ihnen längst bereitzustehen.

Vielleicht hätte man sogar damals schon voraussehen können, daß ein Teil dieses Protestes auf den Bahnen einer rationalen, realistischen, kooperativen Reform verlaufen konnte,

Die Bedingungen der Unruhe in der jungen Generation möchte ich unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen:

1. Die von der Erwachsenengeneration nicht eingehaltenen Versprechen,
2. der Mangel an Zukunftskonzeptionen,
3. die zu geringe Repräsentation der jungen Menschen in unserer Gesellschaft.

Unter den nicht eingehaltenen Versprechen verstehe ich:

- a) die Verwirklichung einer genuinen Demokratie,
- b) die Verwirklichung eines freiheitlichen, ideologischen Pluralismus,
- c) die Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit für alle.

Mit der Einforderung dieser drei Ziele stellt die Opposition bzw. ein Teil der Opposition — wenn ich sie recht verstehe — keine neuartigen, neu erfundenen, utopischen, extremen Programme auf, sondern beansprucht nur die Erfüllung von Zusagen, die von der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen u. ä. im Grundgesetz proklamiert worden sind.

Sie nimmt darin nur die Verantwortlichen bei ihrem Wort und beklagt, daß derart gute und unstrittige Prinzipien und Leitideen unserer demokratischen Gesellschaft nicht hinreichend ernst genommen, ihre Verwirklichung verschleppt, verzögert oder verwässert worden ist. Sie kann damit auf lange Sicht auf Solidarisierung solcher Kreise der Jugend rechnen,

wogegen andere Gruppen die Bahn einer doktrinären und zugleich irrationalen, systemkontraformen Rebellion einschlagen würden — wobei nicht vergessen sei, daß derart verschiedene Ausprägungen der Jugendopposition zu einem großen Teil bewirkt oder provoziert wurden von süffisantem, indolentem, mediokrem Verhalten der Erwachsenenengesellschaft gegenüber den Anfängen des Protestes und seinen sorgfältigen Dokumentationen und Diskussionen. Auch unter den heutigen Studenten solidarisiert sich (noch) ein größerer Teil (ca. 40 %) mit den mehr pragmatischen Reformen und ein kleinerer (ca. 5 %) mit den extremen Radikalen.

Bedingungen der Unruhe

die schon stets einen sehr wachen, kritischen Sinn für die reelle Entsprechung von Konzeption und Praxis, von Anspruch und Wirklichkeit, von Sonntagsrede und Lobby-Nahkampf entwickelt haben und die seit langem danach fragen, wie es mit der tatsächlichen Verwirklichung der in unserer Gesellschaft gültigen Konzeption bestellt ist: Wieweit leben wir wirklich in einer pluralistischen Gesellschaft oder in einer solchen, in der unterschiedliche Gruppen mit sehr unterschiedlichem Machtpotential den Ton für alle und zum eigenen Vorteil anzugeben versuchen?

Wird das sicher schwierige Repräsentationsprinzip in den modernen westlichen Demokratien so ausgestaltet und praktiziert, wie es optimal denkbar ist, und tatsächlich so intensiv und unverdrossen und opferbereit gelebt, wie es dieser Programmsatz verlangen kann?

Ist wirklich die soziale Chancengleichheit für alle jungen Menschen — abgesehen von ihrer familiären und sozialen Herkunft — schon verwirklicht? Oder wie sehr wird an solchen Prinzipien vorbei oder sogar ihnen entgegen Politik gemacht?

Wir sollten es den jungen Menschen zugute halten, daß sie hierbei rigoros nach der Entsprechung von Prinzip und Wirklichkeit fragen oder allenfalls undurchführbare Programmpositionen zu revidieren bereit sind. Allerdings will auch dieser merkwürdige Spielraum zwischen Konzept und Realisierung, die Notwendigkeit zu Kompromissen, Abstrichen oder Revisionen, mit ihnen gemeinsam durchdacht und nicht einfach durch routinierte

Pragmatik überspielt werden. Daß dabei auch die erfahrenen Experten der Sachbereiche und die Funktionäre der Macht zu Worte kommen müssen, ist selbstverständlich.

Im folgenden möchte ich mich als Beispiel auf den Punkt 1 c) beschränken:

Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit

Ohne Frage ist das ein großartiges Menschheitsanliegen: Jedes Kind, jeder junge Mensch solle ungehindert durch seine familiäre und soziale Herkunft die gleiche Chance zu seiner beruflichen und menschlichen Entfaltung haben. Und sicherlich ist dieses Ziel nicht formalistisch und mit der Goldwaage zu erreichen oder zu kontrollieren. Sicher steckt darin etwas von produktiver Utopie. Aber heute scheint in der Bundesrepublik gegenüber der formalen und juristischen Gleichstellung aller nicht hinreichend ihre reale und kulturelle Gleichstellung verwirklicht zu sein. Eine nachweisbare Ungleichheit bzw. Unvollkommenheit der Chancen betrifft dabei etwa 75 % der jungen Generation, die zumeist aus der unteren Mittelschicht und den Unterschichten stammen und zum größeren Teil nur eine Primarschulbildung genossen haben.

Bei einem Teil der Ungelernten degeneriert diese Ungleichheit zu einer sozialen und kulturellen Exmittierung.

Die Tatsachen, an denen dieses ablesbar ist, sind weithin bekannt, so daß ich mich hier auf eine stichwortartige Erinnerung beschränken darf:

1. Die *ökonomische* Situation der Elternfamilie (Einkommen, Wohnung, Wohngegend, Kulturgüter, Luxusgüter, Berufstätigkeit der Mütter) bildet nach wie vor ein Hindernis für die menschliche Entfaltung und insbesondere für Schul- und Berufslaufbahn des jungen Menschen. Die ökonomische Situation erschwert die Finanzierung von Schulbesuch und Berufsausbildung einschließlich der Sekundärkosten wie Kleidung, Nachhilfeunterricht usw. sowie einer entsprechend förderlichen Freizeit.

Erschwerend kommt die Familiengröße hinzu — zwar für alle Schichten ähnlich, jedoch für die unteren stärker —, derzufolge die Kinder mit vielen Geschwistern objektiv eine geringere Bildungschance haben (insbesondere die Mädchen) als die übrigen.

2. Die *soziale* Lage der Elternfamilie (Berufe von Vater, Mutter, Geschwistern, Sozialprestige, Wohngegend) bedingt die Bevorzugung eingegengter Verkehrskreise, erschwert die Kontakte zu Institutionen und Autoritäten (Schule, Lehrer, Betriebsleiter) und senkt das Anspruchsniveau der Schulziele und Ausbildungsziele für die eigenen Kinder und mindert die Dauerhaftigkeit solcher Zielsetzungen.

Familienprovinzialismus, Furcht vor Entfremdung der Kinder und „Sozialisierungsdefizit“, wie sie aus der sozialen Lage dieser Eltern erwachsen, bedingen offenbar besonders in der Bundesrepublik eine relativ geringe Mobilität und geringen Aufstiegswillen innerhalb der Sozialschichten — zumindest bis dato. Die sogenannte Sozialisationschwäche des erfolglosen Unterschichtvaters²⁾ bedarf hier besonderer Erwähnung.

3. Das *Kulturniveau* (Schulbildung, Ausbildungsstand, Kulturteilhabe, Organisationszugehörigkeit) der Eltern begrenzt und erschwert ebenfalls die Entfaltung der Kinder: durch ihr Vorleben und ihre Erziehungspraktiken können sie den Kindern in geringerem Maße als Mittelschicht- und Oberschichteltern eine welt-offene, selbstsichere Flexibilität bzw. eine straffe, optimistische Kontinuität der Lebensplanung und -praxis vermitteln, die zu Erfolg und Aufstieg sowie zu einer allseitigen Entfaltung in unserer heutigen Gesellschaft notwendig sind.

Wegen ihrer eigenen geringen Anteilnahme an der Kultur und dem öffentlichen Leben, ihrer geringen Beziehung zum Buch, zur Kunst, zur Politik, zur Natur usw. können sie den Kindern weniger positive Impulse zur Freizeit- und Lebensgestaltung vermitteln. Sie können ihnen beim Übergang auf weiterführende Schulen oder höhere Berufsausbildungswege auch wenig direkt helfen (Schularbeiten) oder eigene Lern- und Leistungsinteressen ihren Kindern erziehend vermitteln.

4. Ein wesentliches Hindernis ist offenbar auch die *Sprache*, das heißt der Sprachstil, der unterschiedlich in den verschiedenen Sozialschichten und ihren Familien anzutreffen ist. Das Unterschichtenkind in unserer Gesellschaft hat allein durch den ihm vertrauten Sprachgebrauch seiner Eltern erhöhte Schwierigkeiten

²⁾ F. Neidhardt, Schichtspezifische Vater- und Mutterfunktionen im Sozialisationsprozeß, in: Soziale Welt XVI, 4/1965.

bereits in der Volksschule, erst recht auf weiterführenden, anspruchsvolleren Schul- und Ausbildungswegen.

Alle diese hier stichwortartig erwähnten Lebensbehinderungen sind offenbar als Bedingungen für eine sehr ungleiche, „ungerechte“ Besetzung der verschiedenen Schul- und Berufslaufbahnen durch die verschiedenen sozialen Schichten anzusehen (relativer Schulbesuch). Es werden heute immer noch Kinder mit offenbar hinreichender Begabung auch für weiterführende Schulen dennoch durch ihre Eltern aus den erwähnten Gründen nicht auf diese geschickt, womit die Kinder wesentliches an schulischer, beruflicher und persönlicher Entfaltungsmöglichkeit einbüßen, ohne sich dagegen wehren zu können.

Sicherlich müßte man alle diese Bedingungen oder Bedingungsbereiche im einzelnen sehr viel genauer analysieren, als das bislang gelungen ist. Man müßte auch sehr viel genauer ihr unterschiedliches Gewicht und die ablesbaren Entwicklungstrends ermessen können, und man müßte auch mehr darüber wissen, wie es dennoch einem Teil dieser jungen Menschen gelingt, die Hindernisse ihrer Herkunft abzuwerfen.

Ferner sei keineswegs geleugnet — selbst wenn das im Augenblick nicht modern ist und als Psychologismus abgetan wird —, daß auch sehr solide moderne Untersucher den Zusammenhang zwischen der Befähigung der Kinder und der Befähigung der Eltern festgestellt und im Sinne von Vererbung interpretiert haben. Und man würde alles, was wir sonst über Vererbung z. B. auch im Tierreich wissen, über den Haufen werfen oder aus ideologischer Voreingenommenheit unter den Tisch wischen, wenn man nicht auch Lebensbehinderung durch Vererbung in Ansatz bringen würde. Der Zusammenhang, der auf Grund vieler Untersuchungen zwischen Intelligenzquotient und sozialer Herkunft besteht, will gerechter Weise zu einem Teil als biogen und zum anderen als soziogen veranschlagt werden. Das würde das Ziel der Chancengleichheit keineswegs außer Kraft setzen und die Bemühungen um seine Realisierung keineswegs lähmen, sondern höchstens in eine genauere Konfrontierung mit allen möglichen Faktoren der Wirklichkeit bringen, unter denen man eben auch den Beitrag der Vererbung nicht völlig übersehen kann.

Das gilt übrigens nicht nur für die Intelligenz, sondern auch für andere wichtige Persönlich-

keitseigenschaften wie psychophysischer Belastbarkeit, Konditionierungsfähigkeit u. a., die ebenfalls mit Schul- und Berufserfolg in unserer Gesellschaft zusammenhängen.

Und schließlich sollte man nicht außer acht lassen, daß das Individuum vermutlich auch einen gewissen Spielraum spontaner Initiative und eigenen Manövrierens besitzt, mit dessen Hilfe es zu einem gewissen Teil Schied seines Schicksals werden kann und nicht nur Geschöpf seiner Lebensumstände in seinem sozialen System bleiben muß (z. B. ungünstige Familien- und Bildungsbedingungen durch gute Vitalität und hohe Intelligenz und optimistische Kontaktfähigkeit ausgleichen kann).

Es wäre jedenfalls ideologische Kurzsichtigkeit, wenn man solche Möglichkeiten von vornherein ausschließen würde.

Aber auch diesem Prinzip individueller Spontanität gegenüber muß man gerechterweise in Anschlag bringen, daß ein solcher Entfaltungs-, Auswahl-, Manövrier- und Kompensations-spielraum für Kinder und Jugendliche von Gruppe zu Gruppe und Individuum zu Individuum sehr verschieden groß ist:

So ließe sich gleichsam am oberen Ende ein relativ weiter Freiheitsspielraum — trotz ungünstiger Sozialverhältnisse — für solche Individuen denken, denen eine gute Vitalität, hohe Intelligenz, Persönlichkeitszüge wie beweglich, ausgreifend, unternehmungslustig, ausdauernd zu eigen sind und die unter dem Einfluß stimulierender Leitideen mobilisiert werden.

Und es ließe sich am anderen Pol ein sehr enger und kaum noch zu erkennender Manövrierspielraum für solche jungen Menschen denken, die über geringe Spannkraft, ungenügende Gesundheit, mangelhafte Intelligenz verfügen und Persönlichkeitsmerkmale zu eigen haben wie labil, reizbar, unsicher, verkrochen, unausgeglichen, unbeständig, intolerant, und die keinerlei Berührung durch Gedanken und Ideen erfahren, die einen jungen Menschen aufwecken und vorantreiben könnten.

Kurz: Wie man auch das Bedingungsgefüge sozialer Chancenungleichheit wissenschaftlich errechnen und klären mag, das Menschenrecht der sozialen Chancengleichheit und Gerechtigkeit ist für die jungen Menschen unserer Gesellschaft noch nicht hinreichend realisiert und der vielbeschriebene Freiheitsspielraum in ihrem Leben ist sehr ungleich weit oder eng.

Das unsagbar mannigfache Gewebe sozialer Behinderungen und Benachteiligungen wird wohl immer noch — selbst im Zuge allmählicher Reformbemühungen — unterschätzt. Und die Gefahr ist wohl nicht von der Hand zu weisen, daß solche Ungleichheiten fortbestehen oder sich sogar noch vertiefen im Zuge der Spezialisierung und Segmentierung gesellschaftlicher Aufgaben und der damit verbundenen Qualifikations- und Selektionsmechanismen. Deshalb bedarf es eines großen, entschiedenen, beschleunigten Aufwandes an Ideen, Reformen und Finanzprioritäten und auch der Bereitwilligkeit der bislang Privilegierten, um das Versprechen des Grundgesetzes zu erfüllen. Wir sollten es der Opposition innerhalb der jungen Generation hoch anrechnen, daß sie uns in dieser Frage ans Portepée gefaßt hat und nötigen will, Verhältnisse

zu schaffen und Hilfen zu geben, so daß wir allen Kindern unserer Staatsgesellschaft ohne Scham ins Auge blicken können.

Um diesen Gedanken ein wenig in dichterischer Überhöhung mit einem Wort von Thomas Wulfe abzuschließen: „Jedem seine Chance, jedem gleich welcher Herkunft seine strahlende goldene Chance. Jedem das Recht zu leben, zu arbeiten, er selbst zu werden, was er Kraft seines Menschentums und seines Weitblickes zu werden vermag.“

Wissen wir eigentlich, was es bedeutet, als junger Mensch heute durch die erfahrene Bildung und Ausbildung ausgeschlossen zu werden von Lebensweite, Weltoffenheit, Zukunftswissen — und eingeschlossen zu bleiben in einer Kaste derer, die geistig ja doch „nicht mitkommen“?!

„Konservativismus“ der Unterschichten?

Ich habe dieses Thema so ausdrücklich — wenn auch im gebotenen Rahmen knapp und wahrscheinlich nicht ohne Gelegenheit zu Mißverständnissen — behandelt, um klarzumachen, daß zwar Schranken zwischen den Lebenswegen junger Menschen niedergelegt, daß diese Wege jedoch noch nicht auf gleiches Niveau gehoben worden sind. Damit möchte ich der Hauptfrage zusteuern:

Wird der Protest von seiten eines Teiles der Studenten und Schüler auf diese ihre Schicht und deren Lebensprobleme beschränkt bleiben (Scheuch u. a.) — als ein Stück ideologischer Generationenkonflikt, in dem die Söhne und Töchter — übersättigt, enttäuscht, ungerecht — gegen ihre Eltern zu Felde ziehen? Wird er sich darin totlaufen und von den übrigen Schichten zurückgewiesen werden?

Oder sind die Vorkämpfer des Protestes zu einem Teil doch die (surrealistischen) Schrittmacher für Opposition und Reformwillen viel weiterer Kreise der Jugend bzw. der jungen Erwachsenen, ja der Erwachsenengeneration?

Wenn man die Alternative noch mehr zuschärft, kann man fragen: Lebt dieser Protest aus der Angst um soziale Gefährdung und Abstieg von Teilen der studentischen Jugend (des gebildeten Bürgertums), aus einer verängstigten Defensive, die umschlägt in oligarchen Terror, elitäre Intoleranz und orthodoxen Doktrinaris-

mus (linker Faschismus [Habermas], Fachidioten des Protests [Dahrendorf]) und ihre Wurzeln hat in der Fehlplanung ihrer Studien- und Berufspläne und der zwangsläufigen Entleerung und Entmachtung der angestrebten Berufspositionen? Daher der Zug zum radikalen Umsturz, zum Alles-oder-Nichts im Alleingang, zu längst überholten Global-(Vor-)Urteilen über die Schwierigkeiten unserer Gesellschaft, zu einer monologischen Sektensprache — was fraglos auf Gegenwehr der übrigen Gesellschaft stoßen muß?

Oder sind — im Gegenteil — die protestierenden Studenten doch die Wortführer für einen objektiven, die Gesamtgesellschaft betreffenden Sachzwang zur Veränderung von Bildung, Ausbildung und Demokratie? Machen sie fraglose Mängel bewußt — wie ich einen davon angedeutet habe —, an deren Beseitigung gearbeitet werden muß, wie und mit wem immer das schnellstens möglich und fruchtbar ist?

Es würde für die zweite dieser Alternativen sprechen, wenn der Protest im Zuge von Hochschul- und Bildungsreform entschieden das Problem der sozialen Chancengleichheit anpackte — freilich in rationaler, praktikabler, kooperativer Weise — und wenn die realiter darin bislang Benachteiligten oder Unterprivilegierten zum Bewußtsein ihrer eigenen Lage, ihrer eigenen Interessen und ihrer Aufgaben

kommen und sich mit den Wortführern solidarisieren würden.

Gerade das aber ist zur Zeit (noch) sehr problematisch — allerdings aufgrund von Bedingungen, die man nicht einfach den Protestierenden und ihrem Stil aufs Konto setzen darf:

Die werktätige Jugend zeigt in ihrer Meinungsbildung nach den vorliegenden Befragungen eher ein merkwürdig konservatives, kleinbürgerliches Bild als ein progressives oder gar revolutionäres. Wenn man z. B. die jüngste Untersuchung von *Wildenmann*³⁾ heranzieht, so kann man nicht in Abrede stellen, daß die Anteilnahme der „Jugend allgemein“ an politischen Fragen gegenüber den Studenten erheblich geringer, vorsichtiger, inaktiver ist. Die Meinungen auf seiten der „Jugend allgemein“ (wiederum im Gegensatz zu den Studenten) zeigen häufiger Züge von Undifferenziertheit, Konservativismus, Intoleranz, Nationalismus, ja Rassismus, Autokratismus, eines gewissen Optimismus im Inneren und Pessimismus gegenüber dem Ausland sowie auch einen Hang zu einer historisierenden reaktionären Kontinuität unter Einschluß selbst der Nazizeit, während bei denselben Fragen die Studenten sehr viel differenzierter und dabei viel weniger autokratisch oder doktrinär oder national votieren.

Die werktätige Jugend — nach Ausweis dieser und ähnlicher Befragungen — scheint mehr zu moralisieren als zu politisieren und dabei gewissen politischen Schnulzen auf den Leim zu gehen wie: Ruhe und Ordnung — Einigkeit und Stärke — Stabilität auf dem Status quo. Sie denkt dabei offenbar in einem politischen Harmoniemodell, während ein viel größerer Teil der Studenten im Rahmen eines Konfliktmodells politisch zu denken begonnen hat.

Natürlich könnte man gegen diese Feststellungen einwenden, daß die dankenswerte Mitteilung einer erfreulich rasch erfolgten Auswertung manches offen läßt und wahrscheinlich erst demnächst zur weiteren Interpretation der Daten bedingungsanalytische Fragen klären wird:

Was alles steht in Zusammenhang mit einer derart undifferenzierten, passiven, traditionellen Meinungsbildung? Bildungsmängel in allen ihren Varianten — frühe und starke Absorbierung durch Berufsausbildung und Geld-

³⁾ Rudolf Wildemann und Max Kaase, *Die Unruhige Generation* (Privatdruck), Lehrstuhl für politische Wissenschaft, Universität Mannheim 1968.

erwerb (und dadurch bedingt zu wenig Kontakte innerhalb der eigenen Altersklasse und zu wenig Abstand von den Erwachsenen) —, Scheu vor der Überkomplizierung und unglaubwürdigen Fraktionierung politischer Informationen, die zum Teil nur der Machterhaltung dienen — mangelhaftes Interesse insbesondere von seiten der Mädchen in diesen Schichten —, und eine aus Jahrhunderten her wirksame politische Entmutigung und Entfremdung, Resignation und Angst, auf Grund derer man eben nicht mutig und problembewußt und aktuell ist (und weshalb die Jugendlichen dieser Schichten eventuell einer anderen Untersuchungsmethodik bedürfen, wonach sie sich jedoch noch schwieriger mit den übrigen vergleichen ließen).

Andererseits mag die erfragte Meinungskonstellation auch zusammenhängen mit einer gewissen Saturiertheit des sozialen Mittel- und Unterbaus unserer Gesellschaft, genauer gesagt, einer Mischung von ökonomischer Saturiertheit und geistiger Unzufriedenheit und Unsicherheit, die eher in bürgerliche oder faschistoide Meinungen ausufert und weniger in sozialistische, wofür im übrigen ja auch Walter Ulbricht sorgt. Infolge jahrelanger stummer Indifferenz oder weicher Parteinahme fühlen sich viele (vielleicht die Hälfte) der jungen Menschen plötzlich überstrapaziert durch harte Kontroversen und Aktionen.

Kurzum: Wenn die werktätige Jugend heute noch nicht in nennenswertem Maße spürbar mit den protestierenden Gruppen der Studenten solidarisiert, so liegt das m. E. weniger am Stil der studentischen Opposition oder an einer etwa auf sie beschränkten Problematik ihrer Anliegen, sondern eher an einer sozialgeschichtlich bedingten Unterschiedlichkeit der Anteilnahme und Meinungsbildung, die im Zuge einer sozialen und kulturellen Polarisierung oder gar Desintegration die verschiedenen Teile der gegenwärtigen Jugend bislang noch wenig zueinander finden ließ.

Wenn deshalb einige Studentengruppen meinen, sie könnten nicht auf die Bewußtseinserneuerung der übrigen warten, sondern müßten allein zur Aktion schreiten, so sollten sie den Unwillen oder die Gegenwirkung, die sie damit hervorrufen, nicht unterschätzen.

Die hier besonders angesprochenen Jugendfunktionäre können es aus ihrem täglichen Umgang mit der werktätigen Jugend wahrscheinlich besser wissen, inwiefern ich mit meiner These Recht habe, wieweit — zwar nicht die 10—20 % jugendlichen Ungelernten, aber doch

— jene übrigen ca. 70 % „Nichtstudenten“ (d. h. Abiturienten ohne Studium, Fachschüler, Berufsfachschüler, Praktikanten mit Realschulabschluß, Volksschulabsolventen mit Facharbeiterbrief oder Gesellenprüfung, also der Nachwuchs für die vielfältig und aussichtsreich gestuften und gefächerten *mittelqualifizierten* Berufe, zu denen der Anmarsch zum Teil recht schwierig und erschwert ist) zur Opposition übergehen werden. Ich möchte vermuten, daß auch für jene die Frage der sozialen und kulturellen Chancenungleichheit soviel sachliches Problemgewicht und soviel Zeitdruck in sich hat, daß sie zum Brückenschlag zwischen den kritischen und den bislang noch unkritischen Teilen der Jugend führen kann, wenn beide Teile diesen Brückenschlag wollen und vernünftig praktizieren und wenn die Jugendverbände dabei ihre Aufgabe erfüllen! Vielleicht merken dann die Studenten, wo den Werktätigen wirklich der Schuh drückt, und vielleicht merken die Werktätigen, wieviel vom Leben ihnen vorenthalten wird.

Selbstverständlich gilt dies (objektiver Rückstand der Sachbelange) auch für die Fragen des

Zukunftsperspektiven

Solche Probleme — wie die der sozialen Chancengleichheit und der Solidarisierung innerhalb der jungen Generation — lassen sich nicht ohne Vorausschau in die Zukunft erörtern oder lösen, das heißt nicht ohne Wissenschaft von der Zukunft, die Trends aufzeigt und fortschreibt und damit vor Gefahren warnen oder Möglichkeiten fruchtbar machen kann, und darüber hinaus auch Programme zur Veränderung und Erneuerung unseres Lebens entwerfen, durchkalkulieren und zur Wahl und Entscheidung stellen kann — evtl. im Zusammenhang einer konzeptionsreichen, wertbestimmten Zukunftsphilosophie.

Dergleichen Zukunftswissenschaft ist in der Bundesrepublik zwar in verschiedenen Instituten und Vereinigungen in Arbeit, jedoch im ganzen relativ verzögert und zersplittert und in vorerst kleinem Maßstab und ohne großen Einfluß.

Und sie ist noch viel weniger in das Bewußtsein der Bevölkerung — auch der Jugend, selbst der Studenten — eingedrungen und beeinflusst kaum ihre politische Anteilnahme, In-

Demokratiedefizits und des unechten Pluralismus. Auch davon werden die werktätigen jungen Erwachsenen genauso betroffen wie die Studenten — es dürfte ihnen nur weniger unmittelbar zum Bewußtsein kommen. Auch die Universitätsreform, die Beispiel für viele Mängel und Anlaß des Protestes war, liegt den jungen Menschen zu fern, wenn sie sie auch zum Teil (wie ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung) für wünschenswert halten. Man könnte allerdings auch — kontrovers zum Voranstehenden — fragen: ob sich eine Annäherung zwischen Studenten und werktätiger Jugend auf einer ganz anderen Bahn vollzieht, nämlich der einer gemeinsam empfundenen, wenn auch ungleich ausgesprochenen, kritischen Distanz gegenüber dem Erwachsenen-dasein, der Erwachsenengesellschaft, der industriellen Leistungsgesellschaft überhaupt. Eine solche Entfremdung jedoch — falls sie bestünde — würde die Bildungsreform gründlich umfunktionieren, und zwar vom Ziel der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit in einer Leistungsgesellschaft weg und hin zum Ziel einer humanitären Idylle oder einer sozioökonomischen Balkanisierung.

formation und Meinungsbildung, obwohl sie zu der so dringlichen Rationalisierung der Argumentation beitragen könnte.

Denn wahrscheinlich würden einige der bekannten Meinungspositionen (der doktrinär Extremen oder auch der pragmatisch Maßvollen) utopisch werden oder überflüssig oder veralten, wenn man mehr über die Zukunft wüßte. Das dürfte die politische Diskussion versachlichen und klären — nicht zum Zwecke der Verharmlosung, sondern einer redlichen Effektivität.

In einer zur Zeit laufenden europäischen Vergleichsstudie über die Vorstellungen von jungen Erwachsenen von der Zukunft bis zum Jahre 2000 arbeitet die Bundesrepublik (noch) nicht mit. In einer eigenen Untersuchung über „Leitbilder junger Menschen“ ist mir der Mangel an Zukunftsvisionen, an vernünftigen Vorstellungen über unsere künftige Welt, ja sogar der Mangel an Interesse dafür aufgefallen — ein Mangel, den ich für viel beklagenswerter halte als etwa den Mangel an Vorbildern im traditionellen Sinne.

Im Dunkel der Unwissenheit und Ungewißheit über die Zukunft, ja der Diffamierung von Zukunftskalkulationen als unmöglich, unreal, manipulativ oder ungläubig gedeihen politische und soziale Fehlrechnungen, Irrationalismen und Doktrinen oder planloser Pragmatismus in den Tag hinein oder einfach politische Apathie.

In einem solchen Dunkel entstehen Unbehagen und Mißtrauen gegenüber den sich praktisch von Jahr zu Jahr vollziehenden einschneidenden Veränderungen und gegenüber den Mächten bzw. den etablierten Mächtigen, die sie ins Werk setzen — vielleicht ohne legitimen Auftrag, vielleicht nur zum eigenen Nutzen. Denn man kann Zukunft verheimlichen und vorenthalten und okkupieren, bevor die Betroffenen es ahnen.

Auch darin ist dies eine abhängige Generation; sie ist abhängig von Trends, die sie selbst nicht auswählt oder mitbestimmt, ja nicht einmal kennt.

Demgegenüber ist demokratische futurologische Offenheit zu fordern! Denn es wäre ein Stück civic culture, wenn man endlich junge Menschen zur Mitverantwortung und Mitentscheidung aufforderte, damit sie derartige Trends verstehen und mit den immer wieder neu zu stellenden Entscheidungsfragen über die Ziele und Aufgaben unserer Gesellschaft und deren Prioritäten konfrontieren lernen.

Was man der Jugend darüber bislang an Informationen anbietet, ist — verglichen mit dem riesigen Aufwand an Krimi, Sex, Mode, Reisen für Teens und Twens in einem süßen Leben — recht kümmerlich.

Es wäre ein großer Fortschritt, wenn Zukunftsprognosen und Zukunftsprogramme unter jugendgesellschaftlicher Verantwortung differenziert und modifiziert würden: z. B. unter dem Postulat, den jungen Menschen einen möglichst großen Freiheits- und Entfaltungsspielraum zu belassen für ihre persönliche Entwicklung und für die von ihnen zu wählende Spannung zwischen Eingliederung in die Gesellschaft und Reformwillen!

Um es an einem Beispiel aus der Welt der Arbeit klarzumachen: Der junge Mensch unserer Gesellschaft hat einen legitimen — ebenfalls bisher wenig erfüllten — Anspruch darauf, bei der Wahl und Planung seiner Schul- und Berufslaufbahn Genaueres zu erfahren:

Nicht nur über den künftigen Menschenbedarf in den verschiedenen Berufsgruppen und ihren

unterschiedlichen Etagen, die kommenden Freisetzungen, Umlagerungen und Berufswechsel; nicht nur über die Wandlungen in der Tätigkeitsstruktur der Berufsgruppen und Berufe und damit in ihren (höheren) Anforderungen und ihrer Anziehungskraft;

nicht nur über die modifizierten Verantwortungen und Arbeitstugenden, die man künftig in ihnen benötigen wird.

Er sollte auch etwas erfahren über die Erfordernisse und Möglichkeiten der Mitbestimmung im Betrieb, und erst recht über den Spielraum an persönlicher Anteilnahme und Entfaltung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Arbeitsleben überhaupt — und damit zusammenhängend in allen übrigen Lebensanliegen. Kurz: als was für ein (junger) Mensch werde ich dank, trotz, infolge der Veränderungen in Technik, Wirtschaft und Arbeit leben können: als Termit, als Fachidiot, als verantwortlicher Mitarbeiter, als mitentscheidender Arbeitsbürger oder als Befehlsempfänger der APO? Oder besser ins Aktive gewendet: Wir wollen die vieldeutigen Möglichkeiten im Arbeitsleben derart absehen und gestalten — und zwar offenkundig, demokratisch, rational —, damit eine Konzeption modernen Arbeitsbürgertums und allseitig entfaltetes Lebens für möglichst viele Wirklichkeit wird.

In Anbetracht der Fortentwicklung der Arbeitswelt muß auch die Frage der Arbeitnehmer-Mitbestimmung gesehen werden, das heißt doch wohl weniger als längst gegebene Partnerschaft zur Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen und innerbetrieblichen Veränderungen, sondern vielmehr als Mitarbeit und Mitbestimmung in den schicksalsschweren Fragen um die Veränderungen unserer Arbeitswelt und damit unseres ganzen Lebens. Diese Veränderungen können nicht allein den Kapitaleignern, auch nicht allein den Betriebsleitern, den Experten, den Berufspolitikern, den Gewerkschaftsfunktionären überlassen werden, sondern bedürfen der Mitarbeit und des demokratischen, ja des plebiszitären Konsensus aller Werktätigen.

Aus einer solchen Prognostik müssen natürlich auch Folgerungen für *Erziehung*, Bildung und Ausbildung gezogen werden. Solche Folgerungen können nicht allein lauten: zahlreichere und spezialisiertere Kenntnisse zu erwerben und Regeln und Techniken besser zu beherrschen, sondern ebenso oder stärker noch die Bereitschaft zu wecken und die Kunst zu vermitteln, wie man lernt, wie man immer weiter lernt, wie man mit anderen gemeinsam lernt

und arbeitet — sowie die Verantwortung vor den Millionen = Werten, die bei manchem Handgriff auf dem Spiele stehen.

Man könnte Notwendigkeit und Problematik und Konsequenzenreichtum von Zukunftsprognosen auch an anderen Bereichen darstellen: am Nachrichten- und Informationswesen, am Verkehrswesen, an der Wohnungs-, Städte- und Landesplanung und anderem mehr.

Die Spannungen in unserer Welt sähen anders aus, wenn man mehr über die Zukunft wüßte und dieses Wissen publizierte; wir würden uns vernünftiger und fruchtbarer damit auseinandersetzen können.

Keineswegs handelt es sich dabei nur um wissenschaftstheoretische oder -methodologische oder -ökonomische Fragen, wie man dergleichen Zukunftswissen beschafft, sondern auch um Fragen der politischen Macht, des politischen Stiles, der politischen Humanität, in welchem Ausmaß, mit welchem Einfluß und in welcher Offenheit derartige Zukunftswissenschaft betrieben und publiziert und wieweit plurale Entscheidungsmöglichkeiten allen Beteiligten vorgerechnet werden sollen.

Aus der Perspektive der Jugend gesehen heißt das: nicht nur Zukunftsvorausschau in die eigene Einstellungsbildung einbeziehen, sondern auch Konzeptionen und Programme entwickeln, unter denen solches Zukunftswissen benutzt werden soll.

Wir sollten uns nicht aus dem anderen Teil Deutschlands vorwerfen lassen, Zukunftswissenschaft sei bei uns wegen unseres Systems und der darin bestehenden Interessenkonkurrenz nicht möglich und nicht anwendbar. Im Gegenteil gehört im Grunde auch die uns viel zu wenig bewußte Geschichte der sozialistischen Experimente seit 1918 ins Konzept einer Zukunftswissenschaft.

Erst vor einer solchen Art von Zukunftsprognostik und Zukunftsprogrammierung und Zukunftsphilosophie ließe sich die Frage dieser Untersuchung einer vernünftigen Lösung näherführen: Anpassung oder Opposition oder Rebellion?

Erst wenn man weiß, was sich abspielen wird, was sich abspielen soll und wieweit man selbst dabei mitspielen kann, wird man sich zu entscheiden wissen. Frühere Generationen waren überaus abhängig vom Gestern, die heutige ist abhängig vom Morgen oder besser: Während es gerade gelingt, das Gestern abzuschütteln und zu durchschauen, gilt es vor

dem Morgen auf der Hut zu sein, das Morgen mit in die eigene Hand zu bekommen.

Freilich: Angst vor der Zukunft, vor Veränderungen ist in Deutschland stets ein gutes Wahlpropagandamittel gewesen — vielleicht darf sie deshalb nicht abgeschafft werden. Vielleicht erklärt der Mangel an rationalen Zukunftsperspektiven auch zum Teil das Rätsel des time lag: daß die Opposition dort besonders hochschlägt, wo bereits Reformen intendiert und vollzogen werden, daß das Problem der sozialen Chancenungleichheit erst dort und zu einer Zeit mobilisiert, wo bereits neue Lösungen versucht werden. Aber dieses Problem hat sicher viele divergente Wurzeln.

Ich fasse zusammen mit Hilfe eines persönlichen Einerseits-Andererseits und ziele damit auf Kontakt, Verständnis, Kooperation zwischen der Jugend in der Bundesrepublik und den protestierenden Studenten (was eine Antwort auf die erste Eingangsfrage impliziert — eine Antwort auf die zweite allerdings offenläßt):

1. Bei allen Vorbehalten gegen Ideologie, Praxis und Tenor der APO läßt sich nicht leugnen, daß sie dringliche Probleme herausgestellt hat, deren Sachgehalt und Reformbedürftigkeit uns alle betrifft und ins Engagement nehmen sollte.

Andererseits lassen sich diese Mängel m. E. rational, effektiv — nicht ohne Konzept, aber ohne Doktrin — lösen, ohne eine für moderne Industriestaaten antiquierte Pathetik und Radikalität und Umständlichkeit von „Revolution“. Dabei bleibt m. E. die Sorge um „Perpetuierung des Systems“ unbegründet, denn jedes System wird durch entsprechend kluge, permanente Reformen im ganzen verändert; wie auch die Sorge vor Unsicherheit und Unstabilität unbegründet ist, denn jedes System bleibt nur dank Veränderungen stabil.

2. Bei allen Vorbehalten gegen die jüngsten Eskalationen läßt sich die Wichtigkeit und Dringlichkeit (durch Verschleppung gesteigerte, angeheizte Dringlichkeit) der zur Entscheidung stehenden Probleme nicht leugnen. Die 10- bis 25jährigen werden m. E. unzulänglicher bedient als die übrigen Altersklassen der Bevölkerung. Das ist abzulesen an der Geschichte der Bildungsreform, der Berufsausbildung (Berufsausbildungsgesetz!), an der Ausstattung und Besetzung der Erziehungsberufe und dem viel zu geringen geistigen und finanziellen Aufwand dafür bis heute.

Andererseits sollten aus den begonnenen Reformarbeiten mit Hilfe aller Beteiligten ohne affektierte Zwischenspiele, radikale Überschraubungen oder reaktionäre Schwerfälligkeiten vernünftige, sachgerechte, zukunftsbezogene (Zwischen-)Lösungen erbracht und anerkannt werden. Die Selbstgefälligkeit eines perfektionistischen Alles-oder-Nichts führt in der modernen Welt nicht weiter. An der Reaktion auf gute Zwischenergebnisse kann man die vielbeschriebene Unruhe bzw. die Unruhigen messen und wägen.

3. Ohne Frage brauchen wir eine angemessen differenzierte Demokratisierung innerhalb jeglicher Institution und Organisation, das heißt gestaffelte Mitsprache und Mitbestimmung für dazu bereite junge Menschen — von Schule und Betrieb angefangen. Um das Risiko der Zumutung reeller Mitverantwortung kommt man nicht herum. Das gilt auch für die (erst) Lernenden: Schüler, Lehrlinge, Studenten; denn sie gehen eine erwartungsvolle Funktionsgemeinschaft mit Lehrinstitutionen und Lehrenden ein, sie sind die am ärgsten darin Betroffenen. Wieviel Lehrende wurden jemals „wegen schlechten Unterrichts“ zur Verantwortung gezogen?!

Die Forderung nach Mitbestimmung für junge Menschen (Wahlalter mit 18 Jahren) ist auch wegen des „Überhanges“ älterer Menschen in den industriellen Staatsgesellschaften, die ihren großen Einfluß wahrscheinlich im Sinne von Restauration und Immobilität in die Waagschale werfen können, gerechtfertigt. Was nützt dem jungen Menschen heute seine geistige und personale Emanzipation, solange seine Welt wie nie zuvor von solchen Massen alter, nicht mehr oder kaum noch in überpersönlicher Verantwortung stehender Menschen mitbestimmt wird?! Daß freilich auch jene ihre der Mitbestimmung und Fürsorge bedürftenden Lebensprobleme haben, ist aus der Altersforschung bekannt und anzuerkennen. Sie sollen keineswegs als Antipoden der jungen Menschen „exmittiert“ werden. Aber es sei nicht vergessen:

Auf ca. 8,6 Millionen junger Menschen zwischen 14 und 25 Jahren kommen ca. 10,8 Millionen alter Menschen ab 60 Jahren.

Andererseits kann ich mir Mitbestimmung schlecht vorstellen mit Hilfe von Starauftritten bei den Massenmedien, durch undemokratischen Terror oder endlose Machtkämpfe kleiner Gruppen, die sich selbst bevollmächtigen, weil sie sich im Besitz der wahren Lehre wähnen.

Kooperation gelingt besser ohne Freund-Feind-Affekte, ohne Zunftkleidung, sondern durch faires, verlässliches, nüchternes Miteinander, wobei es sogar natürlich und gepflegt zugehen darf.

Selbst falls die erwünschte Bewußtseinsbildung erst durch direkte Aktion zu wecken oder entfalten wäre, so könnte es auch sachbezogene, unterkühlte Aktivität sein und nicht die Klamotte eines deutschen Nachholbedarfes an verspäteter Revolution.

Die Aufgaben der Jugendringe ist demnach: die Rebellen nicht allein und nicht sich selbst zu überlassen (ob sie das wollen oder nicht), die gemäßigten Opponenten mit den aufgeschlossenen Werkträgern auf der Plattform der Sachfragen (der Versprechen des Grundgesetzes) zusammenzubringen und damit effektive Reform zu fördern, die Ahnungslosen aufzuschließen und aufzuklären dafür oder darüber, was eigentlich geschieht, —

um mit allen Mitteln Auseinanderklaffen, Verketzerung, Widerwillen, Teilnahmslosigkeit zu verhindern — kurz: geistige Desorientierung und Desintegration innerhalb ein und derselben deutschen Jugendgeneration!

Selten genug in der Geschichte ergibt sich für die Jugend die Chance zu Einfluß und Neugestaltung. Sicherlich ist sie heute gegeben.

Aber die junge Generation kann diese nutzen oder auch vertun, kann sich verspielen und einigeln oder rechtzeitig in Verantwortung für alle und in Kooperation mit den Gutwilligen die Weichen für die Zukunft stellen.

Utopisches Denken als Faktor der politischen Wirklichkeit

Die Sehnsucht nach Vollkommenheit

Der englische Staatsmann Thomas Morus hat in seinem 1516 erschienen Werk „De optimo republicae statu deque nova insula Utopia“ ein in seinen Augen ideales Staatswesen entworfen, wobei er für sein „Nirgendwo“ von der Frage des Erwerbs, des Gebrauchs und des Verbrauchs von Macht als einem wesentlichen Faktor der staatlichen Organisation absieht. Allein ihre Gestaltung und ihr Funktionieren sind ihm wesentlich, nicht aber die dazu notwendigen Voraussetzungen und realen Möglichkeiten. Solche Vorstellungen einer politischen Ordnung nennen wir seither Utopie und verstehen darunter einen von Wunschträumen geformten und von den tatsächlichen Gegebenheiten abstrahierenden Idealzustand menschlicher Daseinsgestaltung.

Die Utopie ist Ausdruck des säkularen Erlösungsbedürfnisses des Menschen, der die Harmonie des Diesseits ersehnt. Natürlich impliziert die Kennzeichnung irgendeiner Forderung im politisch-gesellschaftlichen Bereich als utopisch bereits eine Wertung und eine eigene Standortbestimmung des so urteilenden Beobachters. Trotzdem darf man feststellen, daß das bei dieser Fragestellung zu erreichende Maß an Objektivität im Sinne der geisteswissenschaftlichen Methode solche Untersuchungen rechtfertigt und diese keineswegs als subjektivistische Meinungsäußerungen abgetan werden können, wenn auch viele das augenblickliche Sein transzendierende Wünsche politischer Art nicht zu verwirklichen und miteinander in Einklang zu bringen sind, es sei denn, der Mensch würde geändert und die von ihm geschaffene Ordnung funktioniere nach völlig neuen Gesetzen. Es geht uns im folgenden nicht um die philosophische Auslotung des Begriffes der Utopie, sondern um die politische Relevanz des utopischen Denkens in der Demokratie in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts und um die Erhellung seiner Problematik und Gefahr. Utopisches Denken ist keineswegs nur im Verlauf der politischen

Ideengeschichte bei Theoretikern und Praktikern festzustellen, die sich mit den Fragen nach Staat, Gesellschaft und Ordnung beschäftigten. Wenn man einmal die Vorstellungen, Erwartungen und Kritiken vieler in einem freihheitlichen System lebender Menschen der Gegenwart dazu näher analysiert, muß man zu dem Schluß kommen, daß das Denken in utopischen Kategorien zeitlos ist — wohl wegen seiner engen Verwandtschaft zur Irrationalität. Dieses spezifische Element, das wir das *utopische Bewußtseins*element nennen wollen, ist dabei — für sich genommen — oft nur von geringer Bedeutung; sein Vorhandensein und seine Verbreitung jedoch weisen auf eine gewisse Offenheit für politische Heilslehren hin und dürfen daher nicht unbeachtet bleiben.

Die verfeinerten Methoden der Demoskopie könnten sicherlich dieses Phänomen rein statistisch näher untersuchen. Aber bereits die historische Erfahrung sowie eine Analyse der Ideologien extremistischer politischer Parteien lehren, daß ein Teil der Staatsbürger in dieser Hinsicht verfügbar ist. Das Entstehen einer rechtsradikalen Partei und der linksradikalen sogenannten außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik, zweier politischer Formationen also, die sich als Motor einer neuen, recht nebulösen Ordnung begreifen und die die bestehende parlamentarische Demokratie in Frage stellen und dafür einem mystischen Volks- und cäsaristischen Führerbegriff bzw. einem anarchischen und totalitären Elitebegriff huldigen, ist der sichtbare Beweis für die mehr oder minder brachliegenden utopisch-unreflektierten Denkstrukturen in unserer Gesellschaft. Es spielt dabei keine Rolle, daß die Anhängerschaft auf den beiden Flügeln des politischen Spektrums zahlenmäßig gering ist. Man muß davon ausgehen, daß hier eine aktive Minderheit zum Ausdruck bringt, was in vielleicht abgemilderter Form eine weit größere Anzahl meint. Gemeinsam ist den Agitatoren von rechts nach links der Kampf gegen

das „System“ und die „Lizenzparteien“. Die Neue Linke setzt den Institutionen der parlamentarischen Demokratie die Vorstellung eines repressionsfreien Gemeinwesens, das heißt eines säkularisierten Paradieses entgegen, der Alten Rechten schwebt eine konfliktlose Gemeinschaft zwischen Herrschern und Beherrschten vor.

Natürlich ist das politische Bewußtsein der Staatsbürger unterschiedlich ausgeprägt und diffus in seinen konkreten Äußerungen. Es ist geradezu ein Merkmal für die Reife einer demokratischen Ordnung, den verschiedenen und gegensätzlichen Ausdrucksformen dieses politischen Bewußtseins einen breiten Raum zu gewähren. Das Funktionieren des Staates erfordert jedoch von seinen Bürgern einen Konsensus über einige fundamentale Notwendigkeiten. Dazu gehören nicht nur die demokratische Spielregel der Gültigkeit einer ohne Zwang zustande gekommenen Mehrheitsentscheidung und die Option für die unumgängliche Kontrollfunktion von Parlament und öffentlicher Meinung, sondern auch die Einsicht, daß es der Zweck des Staates ist, „irdischen Durchschnittsmenschen zu dienen und von diesen gestaltet zu werden“¹⁾. Wahrheitsfanatismus und unbedingter Glaube an eine objektive Richtigkeit in der Politik sind unheilvoll und Ausdruck wirklichkeitsfremden Denkens im politischen Bereich.

Das Unverständnis für die notwendigen Auseinandersetzungen von Parteien — das „Parteiengozänk“ — entspringt einem weitverbreiteten harmonistischen Staatsideal, dem die Wirklichkeit nicht entspricht. Auch der mit seinen abwertenden Bemerkungen über Parlament und Parteien nicht geizende bisherige französische Staatspräsident de Gaulle, der sich als Inkarnation der französischen Geschichte begreift, mußte spätestens im Mai 1968 erkennen, daß zwischen dem Präsidenten der Republik und der Nation keineswegs ein problemloses Verhältnis ungetrübten Verstehens herrschen kann. In der nicht selten geäußerten harten und oft völliges Unverständnis an den Tag bringenden Kritik am „Parteiapparat“, an seiner „Protektionswirtschaft“ drückt sich der im Unterbewußtsein genährte Wunsch nach einem Staatswesen aus, in dem etwa nach Rousseauschem Vorbild der Bürger direkt die ihn angehenden Entscheidungen trifft, in dem er ganz und gar Subjekt und nicht willenloses

¹⁾ Karl J. Newman, Wer treibt die Bundesrepublik wohin?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 31/68, S. 7.

und nichtgefragtes Objekt „anonymer Herrschaftszentralen“ ist, wo nicht hinter den Kulissen nach dem Motto: „Die eine Hand wäscht die andere“ angeblich Absprachen getroffen und die Interessen der Allgemeinheit zugunsten von Partikularinteressen verhökert werden. Ohne dies vielleicht klar zu artikulieren, ersehnt derjenige, der so denkt, eine gerechte Ordnung, in der sich das Gute durchsetzt und das sinnvoll Notwendige sich sozusagen von selbst realisiert. Wer von diesen Voraussetzungen ausgehend die ihn umgebende politische Landschaft betrachtet, muß notwendigerweise enttäuscht und unzufrieden sein. Er wird sich dann entweder ganz in seine Privatsphäre zurückziehen („Politisch Lied ein garstig Lied“, „Es sind ja doch alles Gauner“, „Ich mache mir doch nicht die Hände schmutzig“), oder er wird im Gegenteil diese sich ihm so darbietende Wirklichkeit gänzlich zu zerstören suchen, um eine neue an ihre Stelle zu setzen. Der „Neue Mensch“ als Ziel einer totalen politischen Umgestaltung sollte nach nationalsozialistischer Doktrin die Krönung dieser Politik sein. Die kommunistische Ideologie sieht ebenfalls in diesem Ziel ihre höchste Rechtfertigung. Wenn auch im ersten Fall das neue Menschenbild auf biologistisch-rassistischen Vorstellungen, im zweiten Fall auf dem Glauben an die Gestaltbarkeit des menschlichen Bewußtseins beruht, so treffen sich diese totalitären Vorhaben doch in ihrer menschenverachtenden Radikalität.

Das Desinteresse an der bestehenden Ordnung oder ihre Ablehnung sind häufig in dem Gefühl der Enttäuschung, der Desillusionierung, des Zerplatzens von Tagträumen begründet. Ein Teil der deutschen Bevölkerung stand der Weimarer Republik reserviert oder gar ablehnend gegenüber, weil man Glanz und Gloria vermißte, den jungen Staat für die Fehler des Kaiserreiches verantwortlich machte und an ihn unerfüllbare Forderungen stellte, in denen sich autoritätsgläubiger Untertanengeist mit ungehemmtem politischen Egoismus verband. Radikale Gruppen unserer Tage proklamieren die bruchlose Ordnung und wischen den Hinweis auf die Relativität alles menschlich und damit politisch Erreichbaren²⁾ mit leichter Hand vom Tisch. Auf der anderen Seite attackiert ein so bedeutender Philosoph wie Karl Jaspers die parlamentarische Demokratie

²⁾ Ulrich Lohmar, Die „Neue Linke“ und die Institutionen der Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44/68, S. 4.

der Bundesrepublik als eine zur Diktatur tendierende Parteienoligarchie³⁾, der er seinen antidemokratischen Volksbegriff entgegenhält. Jaspers möchte „die wichtigsten der im Grundgesetz eingebauten institutionellen Sicherungen der rationalen Freiheit abschaffen. Er will einerseits durch die Einführung des Räte-systems dem Volke eine anarchische Freiheit, andererseits dem Staatsoberhaupt eine autokratische Gewalt zubilligen. Das Ergebnis seiner Vorstellungen liegt erschreckend nahe. Wenn die Parteien und damit das Parlament entmachtet sind, das Volk anarchisch desorganisiert ist, dann bleibt nur der cäsaristische Staatspräsident, der mit den Mitteln des Plebiszits sich zum absoluten Herrscher macht. Dann werden auch die Jasperschen Eliten genauso wenig vermögen, wie etwa Othmar Spann, Carl Schmitt, die Gebrüder Jünger, Edgar Jung und, last not least, Karl Jaspers selbst im Dritten Reich auszurichten vermochten“⁴⁾.

Es wird einfach nicht in Betracht gezogen, daß die gerechte, gute Ordnung, in der jeder leben will, sich nicht aus der Natur der Dinge ergibt, sondern genauso wie das Gute ihren Anwalt braucht, der sie anderen, konträren Ordnungsvorstellungen zum Trotz durchsetzen muß. Es wird nicht gesehen, daß die politische Ordnung nicht etwas Vorgegebenes ist, das mit gutem Willen erreicht werden kann, sondern daß sie vielmehr ständig neu errungen werden will und stets unzulänglich bleibt. Die Kunst der Politik wird darin gesehen, eine Idealvorstellung zu verwirklichen, anstatt sie darin zu erblicken, wie das sachlich Notwendige unter den jeweils gegebenen mitmenschlichen Umständen verwirklicht werden kann⁵⁾.

Utopisches Denken auf politischem Gebiet ist allgegenwärtig. Es beginnt damit, daß von den immer im Blickpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Politikern Eigenschaften erwartet werden, die der einzelne von sich selbst nicht fordert: Allwissenheit, Vorurteilslosigkeit, Unfehlbarkeit, ständige Höchstleistungsbereitschaft. Dabei ist es durchaus richtig, an den Politiker hohe Anforderungen charakterlicher und fachlicher Art zu stellen, jedoch darf man nicht den Übermenschen for-

dern. Diktatoren aller Zeiten haben sich gerne als „Sonderausgaben“ ihres Geschlechtes dargestellt, um das ihnen entgegengebrachte blinde Vertrauen um so skrupelloser auszunutzen. Utopisches Denken zeigt sich beispielsweise in der übertriebenen Forderung an Institutionen des demokratischen Staates, von deren Existenz allein bereits sein reibungsloses Funktionieren erwartet wird, das in Wirklichkeit jedoch nur dann gewährleistet ist, wenn die Institutionen von Menschen gehandhabt werden, die sie sinnvoll und verantwortungsbewußt gebrauchen. Die geschriebene Verfassung ist nur der Rahmen, in dem sich das politisch-gesellschaftliche Leben abspielt, sie nützt wenig, wenn die Staatsbürger ständig gegen ihren Geist verstoßen. Die Rechtsordnung steht und fällt mit ihrer täglichen Respektierung oder Nichtrespektierung. Das Parlament kann nicht besser sein als seine Repräsentanten, die der Staatsbürger gewählt hat.

Der Föderalismus wird in Deutschland oft angegriffen: Mangelnde Koordination in der Schulpolitik, kleinliches Beharren der Länder auf ihrer Kulturhoheit, Kompetenzüberschneidungen, aufgeblähte Verwaltungsapparate sind in der Tat Negative dieses Prinzips. Anstatt sich jedoch an diese konkreten Mißstände zu halten und bei ihrer Bewertung die gewaltkontrollierende und gewaltverteilende Funktion des Föderalismus in Rechnung zu stellen, wird der Föderalismus in Bausch und Bogen verurteilt, und das zu einer Zeit, in der in dem zentralistischen Frankreich eine weitgehende Dezentralisierung vorangetrieben und als eine der bedeutenden Zukunftsaufgaben betrachtet wird. Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Ein letztes sei lediglich noch angeführt, das von besonderer Bedeutung ist: Die Vorstellung nämlich, das Repräsentativsystem verhindere eine echte Einwirkung des Staatsbürgers auf die ihn letzten Endes wieder treffenden Entscheidungen von Parlament und Regierung, er habe keinen Einfluß auf die politische Gestaltung seiner Zukunft. Hier kommt wieder der schon erwähnte Antiparteienaffekt zum Vorschein, der auf einem zweifelhaften Verständnis von Demokratie beruht. Die Gegenvorstellung ist nämlich, es sei demokratischer, wenn das Volk durch Referendum und Volksbegehren an wichtigen Entscheidungen mitwirken könne. In solchen Forderungen treffen sich Jaspers, der als einziges Gegengewicht zum Parlament einen starken, vom Volk gewählten, mit mächtiger Autorität und der Möglichkeit politischer Einflußnahme ausgestatteten Bundespräsidenten

³⁾ Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, München 1966, S. 127.

⁴⁾ Newman, a. a. O., S. 22.

⁵⁾ Vgl. Hans Buchheim, *Was heißt politisch denken?*, in: *Die Neue Rundschau*, Heft 2/1968, S. 255.

sieht⁶⁾), und das Parteiprogramm der NPD, das für entscheidende Lebensfragen das Volk durch Volksbegehren und Volksentscheid zu hören verlangt⁷⁾). Auch die Bevorzugung des Rätessystems durch die Neue Linke entspringt solchem Denken. Wer glaubt, die Verwirklichung solcher Postulate erzeuge echtere Demokratie, täuscht sich gründlich und zeigt sein eigenes autoritäres, antidemokratisches Denken. Die den Alleinherrschern aller Schattierungen zugute kommende und allen demokratischen Bestrebungen zuwiderlaufende Sprengwirkung von Volksentscheidungen läßt sich unschwer nachweisen. Während der jakobinischen Schreckensherrschaft entschied in den französischen Revolutionstribunalen das „gesunde Volksempfinden“. Die Militärdiktatur Napoleons wurde 1799 mit nur 1562 Gegenstimmen durch ein Plebiszit sanktioniert, drei Jahre später wurde er durch die gleiche Methode Konsul auf Lebenszeit und 1804 schließlich Kaiser der Franzosen. Sein Neffe verstand ebenso trefflich das Instrument des Plebiszits zu handhaben und wurde 1852 „Kaiser der Franzosen durch die Gnade Gottes und den Willen der Nation“.

Volksbefragung und Volksentscheid sind in der Hand von Demagogen wirksame Mittel zur Beseitigung der Freiheit, denn die zu entscheidenden Fragen müssen notwendigerweise auf simplifizierende Alternativen gebracht werden. Wer am skrupellosesten agiert, erhält die meisten Stimmen. Der Hinweis

auf die Fünfte Republik in Frankreich ist kein überzeugendes Argument, da dort die Integrität de Gaulles ein wirksames Gegengewicht gegen Machtmißbrauch darstellte. Ein Staat steht jedoch auf einer solideren Grundlage, wenn seine Bürger mehr ihrer eigenen Mündigkeit und ihren demokratischen Institutionen vertrauen als einem einzigen Menschen.

Das utopische Bewußtseinsmoment bewirkt, daß sich die dumpf empfundene Unzufriedenheit und die klar formulierte Kritik an einem Idealbild gesellschaftlicher Verhältnisse orientieren, die nicht existieren und nie existiert haben. Die Frage stellt sich dann nicht, in welcher Weise unter den gegebenen Verhältnissen ein Optimum zu erreichen ist, wie also etwa die Vor- und Nachteile einer Institution, eines Regierungssystems etc. zueinander in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden können, sondern sie nimmt kategorischen Charakter an. Maximale Erwartungen werden zum Bewertungsmaßstab. Für jene so Denkenden ist das Wort vom größten Glück der größten Zahl als Ziel einer realistischen Politik eine inhaltsleere Formel, ihnen genügt nicht das relativ Beste, „weil sie der Hang zum Absoluten plagt“⁸⁾. Wer jedoch das Totale will — totale Freiheit, totale Gerechtigkeit, totale Unabhängigkeit —, wer sich nicht mit Zwischenlösungen zufrieden geben kann und einen Kompromiß als eine Niederlage empfindet, der landet im Totalitarismus oder er ist zumindest in dieser Richtung manipulierbar.

Die Notwendigkeit der geistigen Unruhe

Es wäre natürlich unzureichend, das utopische Bewußtseinsmoment ausschließlich unter dem bisher eingenommenen Blickwinkel zu betrachten. Die Tatsache, daß alles Menschenwerk immer nur eine relative Vollkommenheit erzielt, daß es sein Ziel nur in der Annäherung erreicht, ist kein Grund, einem distanzierten Relativismus das Wort zu reden. Im politisch-gesellschaftlichen Bereich gilt das geflügelte Wort „comprendre c'est pardonner“ nicht. Die Unvollkommenheit von Institutionen, Regierungs-, Verfassungs- und Wirtschaftssystemen verstehen, heißt nicht, sie billigen und entschul-

digen, sondern sie bessern. Kann dazu die die Wirklichkeit überspringende Denkkategorie, von der hier die Rede ist, etwas beitragen? Zunächst sei einmal festgestellt, daß die anfänglichen Bemerkungen über die übertriebenen und an einem falschen Leitbild orientierten Erwartungen mancher Zeitgenossen gegenüber dem, was z. B. ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat vermag, falsch verstanden würden, wollte man aus ihnen etwa die Behauptung herauslesen, Kritik, Unzufriedenheit mit Bestehendem, Ablehnung, Änderungsbestrebungen seien einer utopischen Geisteshaltung zuzuordnen. Dies wäre natürlich ganz

⁶⁾ Karl Jaspers, a. a. O., S. 134.

⁷⁾ Giselher Schmidt, Ideologie und Propaganda der NPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 7/68, S. 15.

⁸⁾ Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 26.

irrig Unzufriedenheit mit dem, was ist, war schon immer die Grundlage für jede Weiterentwicklung und für die Besserung herrschender Mißstände. „Daß ein für die bestehende, geltende Sozialordnung bewußt oder unbewußt optierender Beobachter einen dem Umfang nach so umfassenden, unbestimmten und undifferenzierten Begriff des Utopischen hat, in dem der Unterschied des absolut und nur relativ Unverwirklichbaren verwischt wird, ist kein Zufall. Von diesem Standort will man einfach nicht über den gegebenen Seinsstatus hinauskommen. Dieses Nichtwollen trachtet das allein in der gegebenen Seinsordnung Unverwirklichbare als etwas *völlig* Unverwirklichbares anzusehen, um durch diese Verschüttung der Differenzen das nur relativ Utopische als Forderung nicht aufkommen zu lassen. Indem man ohne Unterschied alles utopisch nennt, was über das Gegebene hinausragt, vernichtet man die Beunruhigung, die aus dem in anderen Seinsordnungen verwirklichbaren ‚relativ Utopischen‘ entstehen könnte.“⁹⁾ Darin liegt auch der Keim der Hoffnung, daß der Protest der radikalen Jugend im Jahre 1968 gegen die Industriegesellschaft, den Kapitalismus und die formale Autorität jenseits seiner exzeßhaften Ausdrucksformen die Verantwortlichen zur Besinnung und alle Staatsbürger zum Überdenken überkommener Positionen bewegt und somit ein Reformklima geschaffen hat.

Selbstverständlich ist eine wirkungsvolle, auf positive Aktion bedachte Kritik verpflichtet, ihrem Gegenstand zunächst einmal etwas subjektiv Besseres, Überlegeneres entgegenzustellen. Der Kritiker des Parlamentarismus, der als Gegenvorstellung das Rätssystem entwickelt, ist durchaus ernst zu nehmen. Entscheidend ist jetzt aber, ob er rational bereit ist, beider Vor- und Nachteile zu untersuchen und miteinander zu vergleichen, die Durchsetzbarkeit seiner Idee zu überprüfen, möglichen Gewinn in Relation zum sicheren Verlust zu setzen, oder ob er seine Gedanken ideologisiert, das heißt, sie für allein richtig und einzig gültig erklärt. Im ersten Fall können aus solchen Überlegungen fruchtbare Impulse ausgehen, die ganz im Sinne der Kritik verändernde Wirkung am kritisierten Gegenstand hervorrufen können. Im zweiten Fall verfällt er der geisti-

gen Sterilität, oder er muß gewaltsam den Gegenstand seiner Kritik zerstören, um seine Vorstellung zu verwirklichen, der dann ein ähnliches Schicksal bevorsteht. Wenn wir also bisher von dem nicht selten anzutreffenden utopischen Charakter politischer Vorstellungen gesprochen haben, so müssen wir jetzt feststellen, daß er a priori doppelgesichtig ist. Er verdunkelt zwar einerseits den Blick für die realen Möglichkeiten, andererseits kann er aber auch dazu beitragen, in einem von den hemmenden Kräften befreiten Höhenflug neue Perspektiven zu eröffnen. Das Modell vom absterbenden Staat und der klassenlosen Gesellschaft ist utopisch, aber fruchtbar in dem Sinn, als diese Herausforderung eine rationale Antwort verlangt. Der soziale Rechtsstaat hätte sich wohl ohne die Herausforderung durch die marxistischen Ideen nicht zu seiner heutigen Form entwickelt. Die französischen Sozialisten wie Charles Fourier und Pierre-Joseph Proudhon waren Utopisten. Die Tatsache aber, daß ihr Suchen nach einem System der sozialen Gerechtigkeit sie auf nichtrealisierbare Theorien und Forderungen gebracht hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie den Anstoß zur Reflexion und zur Lösung der sozialen Probleme gegeben haben. Gefährlich wird es jedoch, wenn sich das utopische Denken nicht als das versteht, was es wirklich ist, nämlich eine idealisierende Spekulation, die zur geistigen Beunruhigung beitragen kann. Mit dem Glauben an seine Realisierbarkeit verbindet es dann nämlich einen Absolutheitsanspruch, der die bestehende Ordnung verketzert und nur die gewünschte als ideal und dazu noch machbar darstellt. Thomas Morus hat seine Gedankenkonstruktion ein „Nirgendwo“ genannt. Er war sich bewußt, daß sie nie Wirklichkeit werden könnte, aber er griff zu diesem Stilmittel, um seinem Gestaltungsdenken¹⁰⁾ freien Lauf lassen zu können. Die „berufsmäßigen“ Utopisten unserer Tage sind jedoch zugleich auch Menschen der Tat mit konkreten Zielen, denen ihre utopischen Ideen Glaubensersatz und Kraftreservoir sind. Was aber die politisch nicht aktiven Menschen betrifft, so ist ihr utopisches Bewußtseinsmoment hinsichtlich politischer Angelegenheiten weitgehend aus Irrationalität, Unkenntnis, Unzufriedenheit und Emotionalität gespeist.

⁹⁾ Karl Mannheim, Das utopische Bewußtsein, in: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen, hrsg. und eingeleitet von Arnhelm Neusüss, Neuwied-Berlin 1968, S. 270.

¹⁰⁾ Otto Heinrich von der Gablentz, Politik als Wissenschaft, in: Aufgabe und Selbstverständnis der Politischen Wissenschaft, hrsg. von Heinrich Schneider, Darmstadt 1967, S. 50.

Es stellt sich nun die Frage, ob und wie dieser Sachverhalt verändert werden kann. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß dieses Phänomen — isoliert betrachtet — gar nicht so auffällig ist, daß es aber — global gesehen — ein nicht zu unterschätzendes Unsicherheitsmoment für die politisch-soziale Ordnung darstellt. Man könnte natürlich einwenden, dadurch werde die Offenheit für neue Lösungen in diesem Bereich gewährleistet. In dieser Form stimmt die Aussage aber nicht, denn die auf unreflektierten, utopischen Vorstellungen beruhenden „neuen Lösungen“ haben den Charakter von Roßkuren, bei denen der Patient grundsätzlich stirbt. Neue Lösungen, die von Wert und Bestand sein sollen, verlangen neben Phantasie auch noch Augenmaß für das Mögliche. Natürlich können Aufklärung und Information durch Schule, Kommunikationsmittel und Erwachsenenbildung, die sich der Erkenntnisse der politischen Wissenschaft bedienen, einiges leisten, um den Zauberberg der Irrationalität mit einem soliden Schutzwall von Kenntnissen und rationalen Einsichten zu umgeben. Zum Zerfall bringen kann man ihn aber nicht. Das utopische Denken ist daher eine politische Realität, mit der der Politiker sowie der politische Theoretiker rechnen muß. Beide sollten folglich diese Tatsache in das Kalkül ihrer Handlungen oder Theorien mit einbeziehen als eine Unbekannte, die nicht übergangen werden darf. Es geht also nicht darum, über die Unbelehrbarkeit der Menschen zu jammern, sondern vielmehr darum, mit ihrer Uneinsichtigkeit zu rechnen.

Dies ist keineswegs Pessimismus, aber eine gewisse Skepsis gegenüber dem Glauben, es genüge, die Fackel des Wissens — in unserem Fall also des Wissens um politische Zusammenhänge — in die noch dunklen oder nur schwach erleuchteten Bereiche der Gesellschaft zu tragen, dann würden sich alle utopischen Denkformen schon verflüchtigen. Es besteht natürlich kein Zweifel daran, daß Unterrichtung und Vermittlung von Kenntnissen viel vermögen. Unsere herkömmlichen pädagogischen Institutionen sind jedoch bisher weit besser darauf eingerichtet, Denken in naturwissenschaftlichen, mathematischen, geisteswissenschaftlichen, handwerklich-praktischen

und technischen Kategorien zu lehren, als dazu beizutragen, politische Denkweisen zu entwickeln, ohne der Indoktrinierung zu verfallen. Hier spielt natürlich der historische Faktor eine Rolle, die mangelnde demokratische Tradition und die Tatsache, daß lange Zeit die Staatsbürgerkunde jeweils eine „staatserhaltende“ Aufgabe hatte und daß es ihr nicht darum ging, politisches Handeln und politische Vorgänge als notwendige, einer ständigen Kontrolle zu unterwerfende, pragmatische Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens zu zeigen, sondern darum, Patriotismus zu erzeugen. Weiterhin darf nicht übersehen werden, daß der Gegenstand der Politik kompliziert und selbst immer der Gefahr ausgesetzt ist, ideologisiert zu werden. Es fehlt ihm die Eindeutigkeit einer naturwissenschaftlichen Disziplin. Einsicht in politische Verhaltensweisen zu lehren, fordert daher zunächst eine Klärung dessen, was man unter dem Gegenstand versteht, der als wichtigste Voraussetzung rationales Denken verlangt. Wenn diese Forderung nicht erfüllt ist, dann fehlt es an einer nötigen Barriere für das utopische Bewußtseinsmoment des Menschen.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen der Auffassung von Politik, ihrer Verbreitung und dem quantitativen und qualitativen Vorhandensein utopischer Vorstellungen und Erwartungen. Das besagt keineswegs, daß dort, wo Politik weitgehend pragmatisch-rational gesehen wird, utopisches Denken nicht anzutreffen sei. Es ist aber, und das ist sehr wichtig, weniger aktualisierbar und von geringem Gewicht. Man denke nur an die englische Demokratie mit ihrem Traditionsreichtum und dem Stolz der Staatsbürger auf die funktionsnotwendigen Institutionen wie Wahlen, Interessenverbände, Parlament und freie Presse. Wenn wir daher im folgenden den Gegenstand „Politik“ näher beleuchten und auch auf die Möglichkeit zu sprechen kommen, wie er einsichtig gemacht werden könnte, so bedeutet dies keinen Widerruf unserer Behauptung, utopisches Denken sei eine politische Realität. Ihr soll nur hinzugefügt werden, daß eine Entschärfung dieser latenten Gefahr, daß ihr Eindämmen den Stellenwert des hier untersuchten Phänomens verändern kann.

Das Wissen um politische Zusammenhänge

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“¹¹⁾ (Max Weber). „Politik ist die vernünftige Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens im öffentlichen Bereich“ (Hans Buchheim). „Politik ist die Kunst, das Nötige möglich zu machen“ (Carlo Schmid). „Politik ist Kampf um die rechte Ordnung“¹²⁾ (Otto Heinrich von der Gablentz). „Das politische Denken ist gerichtet auf die res gerendae, und es ist nicht gerichtet auf die res gestae“¹³⁾ (Arnold Bergstraesser). „Politik ist Gründung und Erhaltung des Staates; ist Gestaltung — Lockerung und Verdichtung — seines Gefüges; ist Ordnung der Beziehungen von Staat zu Staat; vor allem aber: Politik ist die Bestimmung des Verhältnisses des Menschen zum Staate selbst. Politik ist aber auch der richtige, vom erkennenden Verstande und der Sorge um die anvertrauten Menschen gelernte Umgang mit der Macht“¹⁴⁾ (Carlo Schmid).

Diese Definitionen mögen genügen, um den Gegenstand der Politik zu erhellen. Dieser vielschichtige, komplexe Begriff kann durch eine Formel nicht erklärt, sondern nur umkreist werden. Aus unseren Definitionen geht hervor, daß der Politik ein dynamisches Prinzip innewohnt. Sie wird von Menschen gemacht, die außer von rein logischen Beweggründen auch von anderen Motiven bestimmt werden. Daher hat Karl Mannheim zwischen einem wißbaren und einem irrationalen Teil bei der Politik unterschieden¹⁵⁾. Zum wißbaren oder rationalen Teil gehört das, was wissenschaftlich analysierbar und deduzierbar ist. Es sind dies etwa Tatsachen und vorausberechenbare Entwicklungen. Im irrationalen Be-

reich der Politik hat die Entscheidung des Menschen, des Politikers, ihren Platz. Entscheidung beinhaltet, daß etwas angenommen und etwas abgelehnt wird, daß eine Ordnungsidee verwirklicht und eine Ordnungsidee zurückgewiesen wird. Daraus folgt, daß es im Bereich des Politischen ein Feld grundsätzlicher und personaler Gegensätze gibt, die ausgetragen werden müssen, oder wir können auch sagen, der Kampf um die Macht, seine eigene Ordnungsidee zu verwirklichen, ist ein Kennzeichen der Politik. Dies ist ein völlig legales Streben, das aus der Vielzahl der menschlichen Einzelwillen und der Notwendigkeit einer Entscheidung resultiert. So sind es doch gerade die totalitären Systeme, die eine Pluralität von möglichen Ordnungsideen durch Heiligensprechung der einen und durch Ächtung der anderen verneinen und ihre dialektische, auf bestimmten Spielregeln ruhende Auseinandersetzung verhindern. Man kann Politik allgemein als das noch nicht Entschiedene, als das, was in einer Gesellschaft umstritten ist, betrachten.

Das politische Tun beruht zu einem großen Teil darauf, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. An diesem Wagnischarakter hat die politische Bildung teil, dieses pädagogische Risiko ist für sie so bezeichnend wie die reine Logik für die Mathematik, denn die politische Bildung vermag nur zu einem Teil gesicherte Tatsachen und Werte zu vermitteln. Wenn Politik vornehmlich Entscheidung, Parteinahme, Auseinandersetzung, Interessenausgleich ist, dann ist ein politischer Unterricht, der nur „einen systematisierten Zusammenhang von Wissen bietet, schlechterdings unpolitisch“¹⁶⁾. Andererseits kann auf konkrete Kenntnisse nicht verzichtet werden, ja, sie sind geradezu die Voraussetzung, wenn politisch geurteilt oder gehandelt werden soll. Weder die reine Gesinnungsbildung, die vor allem Eduard Spranger postuliert, noch die im monarchischen Deutschland und auch weitgehend in der Weimarer Republik übliche staatsbürgerliche Belehrung können der Forderung nach politischer Bildung allein gerecht werden. Die Schule als der Hauptort politischer Erziehung kann weder allein durch das Einpaucken von Kenntnissen noch allein durch die

¹¹⁾ Max Weber, Der Beruf zur Politik, in: Max Weber — Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik. Mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten hrsg. und erläutert von Johannes Winkelmann, Stuttgart 1964³, S. 185.

¹²⁾ Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die politische Wissenschaft, Köln und Opladen 1965, S. 14.

¹³⁾ Arnold Bergstraesser, Der Beitrag der Politikwissenschaft zur Gemeinschaftskunde, in: Heinrich Roth (Hrsg.), Gemeinschaftskunde und politische Bildung. Ein Arbeitsbericht. Zweites Sonderheft der „Neuen Sammlung“, Göttingen 1963, S. 59.

¹⁴⁾ Carlo Schmid, Politik und Geist, München 1964, S. 117.

¹⁵⁾ Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, Frankfurt 1952³, S. 95 ff.

¹⁶⁾ Hermann Giesecke, Didaktik der politischen Bildung, München 1965, S. 22.

Einübung von Tugenden des sozialen Zusammenlebens ihrem Erziehungsgegenstand, der Politik, gerecht werden. Das erste führt dazu, daß die Schule ungewollt zum politischen Desinteresse ihren Beitrag leistet, weil durch das ganze Gewirr von Verfassungsbestimmungen, Verwaltungswegen, Verfahrensweisen, Staatsformen etc. das eigentlich Politische nicht mehr transparent wird, ja, daß es gar nicht als bedeutsam erscheinen kann. Das zweite, als Haupterziehungsziel angestrebt, erliegt leicht der Tendenz, zur staatsbürgerlichen Verantwortung zu erziehen, ohne den Staat in seiner Wirklichkeit zu zeigen; es wird zu einem Staat erzogen, wie er sein soll¹⁷⁾. „Wenn im politischen Unterricht Sein und Seinsollen so weit auseinanderfallen, daß das eine im anderen nicht mehr wiederzuerkennen ist, büßt er jede vernünftige Wirkung ein.“¹⁸⁾ Deshalb muß der politische Unterricht in die Realitäten einführen. Er darf kein Schonraum für politische Illusionen oder Abstraktionen werden, wenn das erreicht werden soll, was Felix Messerschmid folgendermaßen ausdrückt: „Das fundamentale Ziel der politischen Bildung bleibt der sich selbst und das Gemeinwesen mitverantwortende, zu begründeten Urteilen fähige, die Methoden der politischen Einwirkung kennende, später möglicherweise politisch aktive Zeitgenosse.“¹⁹⁾

Die Gefahr bei der politischen Pädagogik, nicht realisierbare Erziehungsziele aufzustellen, ist groß. Kurt Sontheimer schreibt dazu: „Die Ziele unserer politischen Bildungsarbeit sind sehr hoch gesteckt; sie richten sich auf einen Staatsbürger, der die politische Klugheit eines erfahrenen Staatsmanns und Politikers verbindet mit der Weisheit des Philosophen und den Kenntnissen des modernen Gesellschaftswissenschaftler.“²⁰⁾ Im politischen Unterricht kommt es auf das Üben

des politischen Urteils an Ernstfragen des öffentlichen Lebens an. Die politische Bildung des Menschen soll dazu dienen, konkrete Aktionen und Situationen zu beurteilen. Politische Bildung muß versuchen, über die Kenntnisse zu Einsichten zu gelangen, wobei Einsicht in ihrer Subjektivität immer wieder der Kritik der eigenen Vernunft auszusetzen und in Frage zu stellen ist²¹⁾. Aus der Dynamik des Politischen ergibt sich, daß politische Einsichten und Kenntnisse nicht als Absoluta vermittelt werden dürfen, daß ihre prinzipielle Überholbarkeit dem Schüler bewußt gemacht werden muß. Die Aufgabe der politischen Erziehung müßte sein, „ein maßgebliches politisches Wissen zu vermitteln, von Vorurteilen und Verblendung zu befreien, das Denken zur kritischen Prüfung anzuregen und zu befähigen, zu Nüchternheit und Besonnenheit anzuhalten“²²⁾. Aus der Untersuchung Gieseckes geht hervor, daß die Hauptaufgabe der Schule darin besteht, die durch die Massenkommunikationsmittel erzeugte Fülle und Diffusität der Vorstellungen und die in der Familie gebildeten Urteile und Vorurteile auf zweierlei Art zu ordnen: durch sachlich elementarisierte Systematik und durch kategoriale Infragestellung. Durch Ordnen, Klären und Kritik von schon vorhandenen Vorstellungen könnten so neue und jetzt objektive politische Vorstellungen entstehen, die den Jugendlichen gegen propagandistische Verdummung feien sollen. Da es nun keinen Zweifel daran gibt, daß alle Aktionen und Situationen im staatlich-gesellschaftlichen Bereich wandelbar sind, daß sie in einer einmaligen Auswahl aus verschiedenen Lösungsmöglichkeiten realisiert werden, daß alles, was mit Politik zusammenhängt, gekennzeichnet ist durch Entscheidung und Parteinahme — letzten Endes durch Subjektivität und Überzeugung —, muß die Konzeption einer politischen Bildung diesem spezifischen Charakter der Politik entsprechen. Von grundlegender Bedeutung ist dabei, daß sie sich ständig gegen die Gefahr wappnet, selbst ungewollt einen Beitrag zum utopischen Denken zu leisten.

¹⁷⁾ Erich Weniger, Politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, Würzburg 1954, S. 24; vgl. Theodor Litt, Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes, Bonn 1957³, S. 60.

¹⁸⁾ Giesecke, a. a. O., S. 61.

¹⁹⁾ Felix Messerschmid, Zur politischen Bildungsaufgabe der Oberstufe der höheren Schulen, in: Gesellschaft — Staat — Erziehung, 1964 (Sonderdruck), S. 90.

²⁰⁾ Zit. nach Giesecke, a. a. O., S. 86.

²¹⁾ Paul Röhrig, Politische Bildung. Herkunft und Aufgabe, Stuttgart 1964, S. 149—161.

²²⁾ Röhrig, a. a. O., S. 130.

Rationalität als Forderung

Die unreflektierte Übertragung von Verhaltensmustern und Erwartungen aus dem Bereich der Familie in den staatlichen Raum, wobei der jeweilige spezifische Kontext übersehen wird, dürfte in vielen Fällen dem utopischen Denken zugrunde liegen. Hinzu kommt die Entfremdung des Menschen den Zentren der politischen Entscheidung gegenüber. Automatisierung und Bürokratisierung der Gesellschaft geben dem Menschen das Gefühl, sein Einzelwille sei unwichtig, dieses ganze Räderwerk funktioniere unabhängig von ihm. Das Gefühl für die enge Verbindung von Fundament und Dach des staatlichen Gebäudes, die beide aufeinander angewiesen sind, geht verloren. Das sogenannte politische Establishment an den Schalthebeln der Macht wird als Ausdruck dafür gesehen, daß der einzelne Staatsbürger nur noch Objekt ist. Die Vorstellung einer „heilen Welt“ drängt sich auf, in der sich der Einzelmensch der Vorteile des technischen Zeitalters bedienen kann und zugleich Herr aller Entscheidungen bleibt, in der er, technisch gesehen, ein Weltbürger ist, aber politisch gesehen, im Klima überschaubarer Kleingruppen lebt. Eine stärker werdende Frustration entwickelt sich, die Gleichgültigkeit oder Angriffslust hervorbringt. Solche Ideen müssen ausgeglichen und neutralisiert werden dadurch, daß ihr Vorhandensein bei einem gewissen Prozentsatz der Staatsbürger als gegeben angesehen und in Betracht gezogen wird, und dadurch, daß zumindest versucht wird, durch Appell an Vernunft und Einsicht das Gefühl für das politisch Mögliche zu wecken

und die Unterscheidungsfähigkeit für das, was erstrebenswert ist, und für das, was zunächst getan werden kann, zu schärfen.

Gerade in einer Zeit, deren hervorstechendes Kennzeichen die Veränderung auf allen Gebieten ist, sei es im Bereich der Technik oder hinsichtlich der Moralauffassung, tut Nüchternheit und Sachlichkeit in der Politik not. Politische Romantik, ganz gleich aus welchen Quellen gespeist, verrät nur die Unfähigkeit, mit der Welt, so wie sie sich heute zeigt, fertig zu werden. Statt dessen werden verstaubte Ideen von gestern aus dem Arsenal der Geschichte hervorgeholt und auf modern zurechtgemacht, oder tagträumerische Sehnsüchte werden zu politischen Waffen geschmiedet. Das technotronische Zeitalter, an dessen Schwelle wir stehen, verlangt jedoch eine rationale Handhabung der Macht, die den Menschen gegeben ist, sofern der Begriff der persönlichen Freiheit als ein Wert betrachtet wird, der erhalten werden soll. Nur dann wird es möglich sein, die Strukturen des freiheitlichen Staates entsprechend den Erfordernissen unserer Zeit zu ändern, ohne auf zerstörerische Extremlösungen zu verfallen. Das Denken in utopischen Kategorien, mögen sie in einer vagen Vergangenheit oder unsicheren Zukunft angesiedelt sein, ist eine Komponente, die im Zusammenspiel mit vielen anderen die politische Wirklichkeit gestaltet, wenn man darunter nicht nur Institutionen, sondern auch das Bewußtsein der Staatsbürger versteht. Der Grad der Virulenz dieser Kategorien ist Maßstab für die demokratische Reife eines Staates.

Deutschland, die Westmächte und das Kolonialproblem

Ein Beitrag über Hitlers Außenpolitik vom Ende der Münchener Konferenz bis zum „Griff nach Prag“

„Eine bisher wenig erforschte Seite der Geschichte des Dritten Reiches ist die der Kolonialpolitik Hitlers.“¹⁾ So umschreibt Gerhard L. Weinberg den Stand der Forschung auf einem Gebiet, aus dem im folgenden Beitrag ein begrenzter Ausschnitt betrachtet werden soll. Welche — bisher von der wissenschaftlichen Literatur fast gänzlich übersehene — Bedeutung der Kolonialfrage speziell für die diplomatischen Beziehungen der dreißiger Jahre zukam, vermag vielleicht am besten ein Blick auf jene Monate des politischen Geschehens zu vermitteln, da Europa — nach der Konferenz von München und vor dem deutschen „Griff nach Prag“ — noch einmal darauf hoffte, daß es sei-

nen Staatsmännern gelingen möge, den Frieden zu sichern: Auf der einen Seite sehen wir Hitler, der auch nach dem 29./30. September 1938 weiterhin versuchte, die Westmächte durch koloniale Forderungen zu kontinentalen Konzessionen zu zwingen und dabei einen späteren Ausgriff nach Übersee nicht prinzipiell ablehnte, ja die „Fahrt über See“ während dieser Zeit sogar schon vorbereiten ließ. Auf der anderen Seite steht der englische Premierminister Neville Chamberlain, der daran glaubte, nicht zuletzt durch koloniale Offerten an das Reich Hitler zu einem friedlichen Überkommen bewegen zu können.

Koloniale Forderungen und Angebote als Mittel der Politik Hitlers und der Westmächte

Am 11. Oktober 1938 stellte Belgiens Botschafter Graf Davignon im Gespräch mit dem deutschen Staatssekretär von Weizsäcker die Prognose auf, in Zukunft werde nicht allein England, sondern vor allem auch Frankreich dem Reich auf kolonialem Feld entgegenkommen²⁾. Am gleichen Tag führte in London Fritz Hesse, Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros und der „Dienststelle Ribbentrop“ in der engli-

sehen Hauptstadt und zugleich Mitarbeiter der Presseabteilung in der Londoner Botschaft, eine längere Unterhaltung mit Mr. Steward, dem Pressechef und Berater Chamberlains^{2a)}. Steward berichtete von den Schwierigkeiten, denen der englische Premierminister mit seiner Politik der Verhandlungsbereitschaft im eigenen Land begegne, bat in der Kolonialfrage sowohl um die Zurückhaltung Berlins als auch vor allem darum, die deutschen Kolonialwünsche nicht öffentlich vorzubringen, „weil dies dem Premierminister unmöglich mache, die Dominions für die deutschen Forderungen zu gewinnen“. Jede Kolonialforderung von seiten des Reiches löse in den Commonwealthländern einen Proteststurm aus und lege deren Politik fest, bevor London eingreifen könne. Hesses englischer Gesprächspartner ließ durchblicken, die Kolonialfrage könne überhaupt nur „Zug um Zug mit der Abrüstungsfrage gelöst werden, wobei die Ab-

¹⁾ Gerhard L. Weinberg, Deutsch-japanische Verhandlungen über das Südseemandat 1937—1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1956), S. 390.

²⁾ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (künftig zitiert ADAP), D, 5, S. 552: Aufzeichnung von Weizsäckers vom 11. 10. 1938.

Diesem Beitrag liegen Ergebnisse der am Seminar für Neuere Geschichte der Universität Mannheim entstandenen Dissertation des Verfassers über „Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919—1945“ zugrunde, die in Kürze als Buch im Wilhelm Fink Verlag, München, erscheint. Auf eine Erörterung des Forschungsstandes und erschöpfende Belege, besonders zur außenpolitischen „Konzeption“ Hitlers, darf im Hinblick auf die Veröffentlichung verzichtet werden.

^{2a)} ADAP, D, 4, S. 265 ff.: v. Dirksen an v. Weizsäcker vom 12. 10. 1938, beiliegend die Aufzeichnung Hesses vom 11. 10. 1938.

rüstungsfrage die Priorität haben müsse". Welch eine bezeichnende Unterredung, in der das koloniale Thema nach englischer Vorstellung zu einem zeitweiligen „Bündnis“ zwischen den beiden Regierungen gegen jeweilige innenpolitische Gegner führen sollte!

Erinnern wir uns, daß Chamberlain — ohne es zu beabsichtigen — durch den Abschluß des Münchener Abkommens dazu beitrug, Hitler vor einem Coup seiner konservativen Verschwörer zu bewahren. Nunmehr war es ein Mann aus der Umgebung Chamberlains, der unmißverständlich erkennen ließ, daß es im deutschen Interesse liege, den englischen Premierminister vor der Opposition und den Dominions in Schutz zu nehmen. Es komme nicht darauf an, die von Chamberlain längst als Verhandlungsobjekt anerkannte Kolonialforderung immer wieder aufs neue zu stellen, sondern durch Zurückhaltung des Reiches gerade auf diesem Sektor der Außenpolitik die innenpolitische Stellung des englischen Premiers zu stärken, damit dieser in aller Stille und ohne Widerstände seine, wie man glaubte, auch für Deutschland vorteilhafte Außenpolitik realisieren könne. Koloniale Konzessionen Englands auf der einen Seite und die an Deutschland gerichtete Bitte um einen Halt der Kolonialpropaganda im Reich auf der anderen Seite, um innenpolitisch im Sattel zu bleiben, erscheinen als Devisen der Regierung Chamberlain im Oktober 1938. Das ist ein Musterbeispiel für das Ineinandergreifen von Innen- und Außenpolitik, wobei noch als Kuriosum hinzutritt, daß es der demokratisch gewählte Premierminister Chamberlain war, der durch kontinentale Konzessionen an den Diktator Hitler dazu beitrug, innenpolitische Gegner des nationalsozialistischen Regimes mattzusetzen³⁾ und nun erwartete, daß der Diktator durch Konzessionen auf dem Feld der kolonialen Propaganda half, die innenpolitische Opposition in England und im Empire, die Labour Party, die konservativen Dissenter und die Dominions in Schach zu halten! Dafür winkte dem Diktator die Lösung der Kolonialfrage, die wiederum nur Chamberlain, nicht aber etwa ein Mann der konservativen Opposition, den vermeintlichen Wünschen des Reiches entsprechend, durchführen könne. Für den englischen Premierminister ergab sich durch diesen über Afrika geschlossenen „Bund“ mit dem Diktator die Möglichkeit, seine Politik zu realisie-

³⁾ Vgl. dazu auch B. J. Wendt, München 1938, England zwischen Hitler und Preußen, Frankfurt/M. 1965, S. 36 ff.

ren und den Frieden zu bewahren. Die Kolonialfrage erschien als politisches Mittel, mit dem der deutsche Diktator in die englische Innenpolitik eingreifen konnte, und als Brücke zum „Bündnis“ zwischen Demokratie und Diktatur. Hitler selbst schätzte sie als Fernziel seiner kriegerischen Expansionspolitik ein, und Chamberlain wiederum glaubte — wie ehemals Hitler unter anderen Vorzeichen —, mit der Kolonialfrage den Schlüssel gefunden zu haben, mit Deutschland zu friedlichem Übereinkommen zu gelangen.

Denn nach wie vor hielt der Premierminister an der Politik des Junktim fest, die Lösung der Kolonial- und der Rüstungsfrage miteinander zu verquicken. In England selbst bestand ein beträchtliches Verlangen danach, wie der deutsche Botschafter von Dirksen am 15. Oktober 1938 nach Berlin berichtete⁴⁾, im Sinne dieser von Chamberlain initiierten Politik und auf dem Wege der Kolonialfrage und der Rüstungsvereinbarungen zu einem Übereinkommen mit dem Reich zu gelangen. Hitler aber war allen diesen Vorschlägen, ja allein schon der Prozedur von Verhandlungen grundsätzlich abgeneigt! Die Kolonialfrage war für ihn noch nicht aktuell, die Rüstung aber konnte er in Anbetracht seiner auf die Dauer von mehreren Jahren veranschlagten Politik einer kriegerischen Expansion der getrennten Schläge nicht begrenzen. Und was die Einschätzung Englands im allgemeinen betraf, so zählte es inzwischen durchaus zu den Gegnern des „Führers“, wie nicht nur seine „unbegreiflich rüde Rede in Saarbrücken“⁵⁾ am 9. Oktober 1938⁶⁾, einen Tag nach der besonders im Ausland Schrecken und Abscheu hervorrufenden „Reichskristallnacht“⁷⁾ zeigte, sondern wie auch Äußerungen in sehr privatem Kreis am 14. Oktober 1938 beweisen⁸⁾. Und doch respektierte Hitler zu dieser Zeit, aus Desinteresse und Klugheit gleichermaßen dazu veranlaßt, den Wunsch Chamberlains nach einem Stopp in der Kolonialpropaganda. In keiner seiner England angreifenden Äußerungen stellte der Diktator die Kolonialforderung, und ein für die Redner des Reichskolonialbundes

⁴⁾ ADAP, D, 4, S. 268 ff.: v. Dirksen an AA vom 15. 10. 1938.

⁵⁾ U. von Hassell, Vom anderen Deutschland, Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944, Freiburg i. Brsg., 2. Aufl. 1946, S. 27.

⁶⁾ Völkischer Beobachter vom 10. 10. 1938.

⁷⁾ Über die Reaktion in England vgl. etwa: Documents on British Foreign Policy (künftig zit. DBFP), 3rd ser., chapter V, S. 244 ff.

⁸⁾ Hassell, Tagebücher, S. 27.

bestimmtes Zirkular teilte unter dem Datum des 18. Oktober 1938 vertraulich mit⁹⁾: „Die Kolonialfrage ist bis auf weiteres mit Zurückhaltung zu behandeln.“^{9a)} Hitler schien das „Bündnis“ mit Chamberlain einzugehen, sollte doch das Kolonialproblem für ihn erst in einigen Jahren interessant werden.

Angesichts dieser Zurückhaltung Hitlers auf kolonialem Feld verwundert es kaum, daß der deutsche Botschafter in London am 31. Oktober 1938 nach Unterredungen mit Innenminister Sir Samuel Hoare, Verkehrsminister Burgin und anderen dem Premierminister näherstehenden Persönlichkeiten melden konnte¹⁰⁾: „Chamberlain hat volles Vertrauen zum Führer.“ Es gehe dem englischen Regierungschef und seinem Kabinett nunmehr darum, „eine dauernde Annäherung beider Länder“ herbeizuführen. Nach Auffassung der maßgeblichen politischen Kreise und besonders auch nach Meinung Sir Samuel Hoares sei kein Zeitpunkt für einen solchen Schritt so günstig wie der gegenwärtige: „In Chamberlain verfüge die englische Regierung über einen Staatsmann, dem die Erreichung seines Ziels einer dauernden deutsch-englischen Annäherung gleichzeitig Verstandesforderung und Herzenssache sei.“ Im Zentrum solcher Besprechungen sollten nach englischer Vorstellung Rüstungsfragen, insbesondere aber das Problem der Luftrüstung, stehen. Daß solche Verhandlungen über die Begrenzung der Luftrüstung natürlich deutscherseits im Blick auf die russische Luftmacht geführt werden müßten, traf in England, von Dirksens Worten zufolge, auf volles Verständnis. „Wenigstens ließ Sir Samuel Hoare auf meine diesbezüglichen Ausführungen die Bemerkung fallen, daß nach einer weiteren Annäherung der vier europäischen Großmächte die Übernahme gewisser Abwehr-Verpflichtungen bzw. sogar einer Garantie durch sie gegen Sowjetrußland im Falle eines sowjet-russischen Angriffs denkbar sei.“ Zumindest Sir Samuel Hoares Sympathien scheinen im Oktober 1938 eher dem nationalsozialistischen Deutschland als dem stalinistischen Rußland gehört zu haben, wie aus dieser für die englische Politik vielleicht aufschlußreichen Feststellung hervorgeht. Auf der anderen Seite, so meldete von Dirksen weiter, sei der britischen Regierung klar, daß „ein voller deutsch-englischer Ausgleich eine Befriedigung der

berechtigten deutschen Kolonialansprüche zur Voraussetzung hat ...“. Der Botschafter beurteilte die Chancen einer deutschen Initiative auf kolonialem Feld zum damaligen Zeitpunkt, also kurz nach Beendigung der Münchener Konferenz, positiv.

Rüstungsbeschränkung contra Kolonien — das waren Chamberlains diplomatische Vorschläge; Rüstung, Europa und Kolonien — so lautete Hitlers konträres „Programm“ für die Zukunft.

In der offiziell gelenkten Propaganda des Reiches aber hielt die vom Goebbelsschen Ministerium verordnete kolonialpropagandistische Flaute an. Am 31. Oktober erklärte der Gesandte Aschmann aus dem Stabe von Ribbentrops den Pressevertretern, es sei momentan nicht erwünscht, eine große Kolonialdebatte anzuzetteln. Deutschland habe den anderen die Initiative zugeschoben und warte ab¹¹⁾. Am gleichen Tag, dem 1. November 1938, aber berichtete der englische Geschäftsträger Sir George Arthur Ogilvie-Forbes aus Berlin an seinen Außenminister in London¹²⁾, Ritter von Epp habe am 29. Oktober die erste kolonialpolitische Schulungsstätte der NSDAP in Ladeburg bei Berlin eröffnet und zwei Tage darauf habe Goebbels Mr. F. L. Kerran, dem Kandidaten der Labour Party für den Wahlkreis Luton, gegenüber die koloniale Forderung mit Leidenschaft erhoben. Sir Ogilvie-Forbes' Bericht mag als Beweis dafür dienen, wie aufmerksam die Briten jedes Wort über die kolonialen Forderungen — aus englischer Sicht ein Thema der Weltpolitik schlechthin — registrierten.

Auch in den Beziehungen des Reiches zu Frankreich, das gegenüber Berlin eine, wenn auch nur wenige Monate andauernde selbständige Politik zu treiben versuchte¹³⁾, spielte die koloniale Frage eine erhebliche Rolle. Durch die englisch-deutsche Erklärung vom 30. September 1938 angeregt, hatte Frankreichs scheidender Botschafter François-Poncet — um nicht, von England getrennt und Berlin feindlich gegenüberstehend, die Angriffe Mussolinis abwehren zu müssen — einen Versuch unternommen, Beschwichti-

¹¹⁾ Bundesarchiv Koblenz (künftig zit. BA), Sammlung Traub, 110/10 vom 31. 10. 1938, S. 83.

¹²⁾ DBFP, 3rd ser., Band 3, S. 256 ff.; vgl. auch den Bericht vom 24. 10. 1938, ebd., S. 245 ff.

¹³⁾ Zu den Motiven dieses Versuchs: W. Bussmann, Ein deutsch-französischer Verständigungsversuch vom 6. Dezember 1938, in: Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-Hist. Klasse, 1953, S. 48.

⁹⁾ UB Göttingen, Handschriftenabteilung, Nachlaß Arning: HS 1950/6, Bündel 2, Fasz. 5: Information für Kolonialredner Nr. 1 vom 18. 10. 1938.

^{9a)} Sperrung im Original.

¹⁰⁾ ADAP, D, 4, S. 277 f.: v. Dirksen an AA vom 31. 10. 1938.

gungspolitik im Sinn des Quai d'Orsay zu treiben. Als François-Poncet am 25. Oktober Berlin verließ, hatte er in groben Zügen in Übereinstimmung mit Hitler einen Entwurf vorbereitet, der als offizielles Dokument von den Außenministern beider Länder unterzeichnet werden sollte. Nachdem er und Außenminister Bonnet dann jedoch vierzehn Tage lang nichts mehr aus Berlin gehört hatten, argwöhnte der Botschafter, „Hitler sei wieder unter den Einfluß seiner radikalen Ratgeber geraten“¹⁴⁾. Diese aber rieten ihm ab, sich Frankreich gegenüber zu binden und sich somit die Handlungsfreiheit nehmen zu lassen. „Sie sollen namentlich betonen“, so überliefert uns der damalige Chef des Quai d'Orsay, Georges Bonnet, die Befürchtungen François-Poncets, „daß eine Anerkennung unserer Grenzen Deutschland in seinen kolonialen Ansprüchen behindern würde. Es heißt weiter, daß sie ihn dazu drängten, sofort und in der energischsten Weise diese Forderung zum Ausdruck zu bringen, von der er nur als von einer wichtigen, indessen nicht dringlichen Angelegenheit gesprochen hatte.“ François-Poncet machte die Berliner „Kriegspartei“ dafür verantwortlich, daß Deutschland und Frankreich nicht zu einer entsprechenden Vereinbarung kamen, wie sie Chamberlain und Hitler am 30. September in München abgeschlossen hatten. Als entscheidenden Grund aber sah er dabei die Kriegslüsternheit und Kolonialforderungen der Berliner „Bravados“ an¹⁵⁾. Sicherlich mochte von Ribbentrop als ein Vertreter kolonialer Revisionspolitik gelten und vielleicht war François-Poncet bekannt, daß von Ribbentrops Freund, Heinrich Himmler, gerade damals koloniale Vorbereitungsarbeiten in der SS anliefen ließ^{15a)}. Im November 1938 aber in entscheidenden Fragen der deutschen Politik an prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, soweit sie für die politische Praxis relevant werden konnten, zu glauben, hieß, die Lage völlig zu verkennen. Es mochte einfach Hitlers Desinteresse an einem papiernen Bündnis mit Frankreich sein, das ihn davon abhielt, den mit François-Poncet vereinbarten Plan weiter zu verfolgen. Niemals jedoch hätte ihn das koloniale Argument seiner Berater von einer Ausöhnung abhalten können, wäre sie ihm erwünscht gewesen!

¹⁴⁾ G. Bonnet, Vor der Katastrophe. Erinnerungen des französischen Außenministers 1938—1939, Köln 1951, S. 128.

¹⁵⁾ Ebd.

^{15a)} Siehe dazu ausführlich K. Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919—1945, München 1969, bes. Kap. VI.

Hitler aber hatte indessen ein weiteres Objekt seiner Politik anvisiert. Bereits am 24. Oktober 1938 hatte Polen die erste Anfrage der deutschen Regierung abgelehnt¹⁶⁾, die von Warschau erfahren wollte, ob es bereit sei, Danzig ans Reich zurückzugeben und einer exterritorialen Verbindung durch den Korridor zuzustimmen. Schon schwelte die Lunte unter dem polnischen Pulverfaß, als Paris den Weg zur Verständigung mit dem Reich zu suchen begann. Trotz des offenkundigen Desinteresses der deutschen Seite an einer solchen Lösung liefen die Verhandlungen weiter, und von Ribbentrop betonte am 5. Dezember 1938, daß mit der Garantie der Grenzen „die Kolonialfrage . . . natürlich nicht präjudiziert“ werde¹⁷⁾. Derweil unternahm Hitler in seiner Rede zum Jahrestag des Novemberputsches im Münchener Bürgerbräukeller am 8. November 1938¹⁸⁾ aufs neue einen Angriff gegen Englands Staatsmänner und machte unmißverständlich klar, daß er den Austausch zwischen Vereinbarungen auf kolonialem und rüstungstechnischem Sektor ablehne. Er unterstrich, daß die Regelung kolonialer Forderungen eine Frage der Gerechtigkeit sei und niemals Anlaß kriegerischer Verwicklungen werden könne. Über die Kolonialfrage hinaus aber wisse er nicht, was er mit den Demokratien zu verhandeln habe, da es keine Reibungsflächen mehr gebe. Schon vorher hatte er erklärt, Deutschland denke nicht an Abrüstung angesichts einer Welt, die in Waffen klirre.

Fast unberührt von allen diplomatischen Bemühungen bietet sich Hitlers Politik dar: Zwar konnte er den Westmächten seinen „Fahrplan“ zur „Weltmachtstellung“ nicht vorlesen, doch stellte er immer wieder das Vehikel, das ihn ans Ziel tragen sollte, zur Schau, nämlich militärische Macht. Militärische Macht würde es sein, die England im Zaume halten und seine Erfolge garantieren sollte. Um keinen Preis der Welt — auch nicht um afrikanische Gebiete, wie Chamberlain es glaubte — war er sie zu opfern bereit. Denn nach den kontinentalen Gewinnen winkten die afrikanischen Ziele als ein im Kampf mit England dem Reich als reife Frucht zufallendes Geschenk, als von Großbritannien freiwillig gezolltes Opfer.

¹⁶⁾ Vgl. dazu H. Booms, Der Ursprung des zweiten Weltkrieges — Revision oder Expansion, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 16 (1965), S. 348.

¹⁷⁾ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (künftig zit. PA), Büro Staatssekretär, Frankreich I, v. Ribbentrop an v. Weizsäcker vom 5. 11. 1938.

¹⁸⁾ Völkischer Beobachter vom 10. 11. 1938.

Im Sinne Hitlers sprach der zu dieser Zeit schon mit kolonialen Vorbereitungen beschäftigte Himmler am gleichen Tag, dem 8. November 1938, gegenüber seinen SS-Gruppenführern davon¹⁹⁾, daß „das, was Deutschland in der Zukunft vor sich hat, . . . entweder das großgermanische Imperium oder das Nichts“ sei. Hans Booms hat bereits darauf aufmerksam gemacht²⁰⁾, wie sich darin Hitlers 1925 in „Mein Kampf“ ausgegebene Parole „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“ spiegelte. Himmler aber fuhr in der Rede an „seine lieben Männer“ fort: „Ich habe den Glauben, wenn wir in dieser Schutzstaffel unsere Pflicht tun, daß dann der Führer dieses großgermanische Imperium, das großgermanische Reich schaffen wird, das größte Reich, das von der Menschheit errichtet wurde und das die Erde je gesehen hat.“ Ob Himmler mit diesen Worten wohl Hitlers „Programm“ der Errichtung einer kontinental-überseeischen „Weltmachtstellung“ meinte? Was Admiral Carls, der Chef des „Flottenkommandos“, im September 1938 als den Willen Hitlers bezeichnete, nämlich die Errichtung einer in sich gesicherten „Weltmachtstellung“²¹⁾, mag bei Himmler, dem Vorkämpfer der germanischen Rassenherrschaft über die Welt, biologisch-mythische Züge angenommen haben und tritt uns daher als „großgermanisches Reich“ entgegen. Ja, man kann nicht umhin, in Kenntnis der Hitlerschen Gedanken vom Kampf der durch das rassisch hochwertige Deutschland geführten „Weltmacht Europa“ gegen die „Weltmacht USA“ Himmlers Ausführungen über „das größte Weltreich, das von der Menschheit errichtet wurde und das die Erde je gesehen hat“, als einen Aufruf zu verstehen, sich für die Auseinandersetzung um die Weltvorherrschaft zu wappnen.

Wie sollte Englands Politik der vernünftigen Regelungen angesichts der hier in wenigen Sätzen sichtbaren Motive deutscher Politik zum Zuge kommen, wenn man sich dazu als nicht zu unterschätzendes Hindernis, die wahren Ziele der Politik des Dritten Reichs zu erkennen, vor Augen hält, daß im offiziellen diplomatischen Verkehr die typisch nationalsozialistischen Triebkräfte der Politik hinter den traditionellen Gesten einer geschulten Berufsdiplomatie fast völlig verschwanden? In-

wieweit mußte man sich, selbst wenn man von den utopisch anmutenden Plänen Hitlers und Himmlers erfahren hätte, nicht an die offizielle Position der bekannten Männer in der Wilhelmstraße halten, schien sie doch die einzige Chance zur friedlichen Übereinkunft zu bieten? Wie der diplomatische Verkehr vor der Folie der „programmatischen“ Utopie normal weiterzulaufen schien, so planten zur gleichen Zeit auf innenpolitischer Ebene Unternehmungen wie die IG-Farben, „mit Rücksicht auf das jetzt im Vordergrund stehende Kolonialproblem“ eine Verkaufsorganisation in Afrika aufzubauen²²⁾, versuchten damit zugleich, wirtschaftlich von der ins Auge gefaßten überseeischen Politik zu profitieren, ohne die rassisch motivierten Weltmachtsgedanken weiter zu beachten. Im innen- wie im außenpolitischen Bereich gingen die Geschäfte und Verhandlungen der Diplomaten und der Wirtschaft in den traditionellen Bahnen weiter, erschienen unabhängig vor den Hintergrund des „totalitären Programms“ gestellt und waren doch von ihm abhängig, gründeten ihre Arbeit auf seine Existenz und ermöglichten damit Bestand und Realisierung dieses „Programms“. Dem „totalitären“ Prinzip Hitlerscher Außenpolitik korrespondierten als „normale“ Kehrseite die Geschäfte, Verhandlungen und Planungen der Wirtschaft, der Diplomatie und der Wehrmacht, halfen das Prinzip zu verdecken und bereiteten den Weg zu seiner Verwirklichung^{22a)}. Als einzige Gegenleistung des Regimes für diese oft unbewußt und unfreiwillig dargebrachten Tarndienste mögen die Vertreter der Wirtschaft, der Diplomatie und der Wehrmacht es angesehen haben, daß es vielleicht nur der „totalitären“ Überanstrengung des Jahres 1933 und der folgenden Zeit zu verdanken war, wenn die ihre Existenz garantierende Gesellschaftsordnung vorläufig und scheinbar durch die Errichtung eines politischen Systems vor Veränderungen bewahrt werden konnte²³⁾, dem sie nun selbst unterworfen waren.

²²⁾ Staatl. Archivlager Göttingen, Nürnberger Prozeßmaterial, NI — 6078: Niederschrift über die 16. Sitzung des kaufmännischen Ausschusses am 11. 11. 1938.

^{22a)} Vgl. dazu Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919 bis 1945, München 1969, Kap. VI, Abschnitt 1 c.

²³⁾ Vgl. dazu Hitlers Worte vom 27. Januar 1932 im Düsseldorfer Industrieklub: „Wenn wir nicht wären, gäbe es schon heute in Deutschland kein Bürgertum mehr...“. M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945. Kommentiert von einem deutschen Volksgenossen, München 1965, Band I, Erster Halbband, S. 87.

¹⁹⁾ BA, NS 19, Himmler-Reden 15, zit. nach: Booms, Ursprung, S. 353.

²⁰⁾ Ebd., S. 352.

²¹⁾ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 1946, Bd. 34, S. 190 (Dokument 023/C).

Als im November 1938 der südafrikanische Verteidigungsminister Oswald Pirow im Rahmen seiner Europareise auch Berlin besuchte²⁴⁾, stand das Kolonialproblem neben der „Judenfrage“ und der deutschen Ostpolitik im Vordergrund der Gespräche. Aber Hitler schenkte den diplomatischen Vorschlägen des südafrikanischen Politikers wohl kaum allzu große Aufmerksamkeit, war doch sein „unabänderlicher Entschluß“ gefaßt, sein „Programm“ militärisch zu realisieren. So übernahm es zuerst einmal Außenminister von Ribbentrop²⁵⁾, Pirow ganz im Sinne der Hitlerschen „Konzeption“ zu antworten, die Kolonialfrage als „im Augenblick nicht akut“ zu bezeichnen und hinzuzusetzen, „daß sie in einigen Jahren (fünf bis sechs) besprochen werden könne“. Als zwei Tage darauf Frankreichs neuer Botschafter in Berlin, Robert Coulondre, dem deutschen Außenminister seinen Antrittsbesuch abstattete, führte von Ribbentrop Hitlers Gedanken noch weiter aus²⁶⁾ und forderte Frankreich auf, sich am Kontinent zu desinteressieren. Er machte dem neuen Botschafter des Quai d'Orsay klar, daß sich die europäischen Staaten auf ihre wirklichen Interessen beschränken sollten: Frankreich auf sein großes Kolonialreich, England auf sein Empire und Deutschland auf seine eigentliche Interessensphäre, den Südosten Europas. Als Coulondre die Kolonialfrage anschnitt, erklärte von Ribbentrop unter Bezug auf seine Unterhaltung mit Pirow, „daß, wie man sehe, diese Frage noch nicht reif sei und man gut daran täte, sie erst in einigen Jahren anzupacken“. Im übrigen aber sei ja der deutsche Rechtsstandpunkt ganz klar. Von Ribbentrop argumentierte jetzt, im November 1938, in offiziellen Verhandlungen ganz auf der Linie Hitlerscher Politik, die der „Führer“ ein Jahr zuvor eingeschlagen hatte: Erst Europa und in den vierziger Jahren der Griff nach Übersee!^{26a)}

²⁴⁾ ADAP, D, 4, S. 287 f.: v. Dirksens Bericht an das AA vom 15. 11. 1938 mit „Informationen über den Zweck der Europareise des südafrikanischen Verteidigungsministers Oswald Pirow“.

²⁵⁾ Ebd., S. 290 f.: Aufzeichnung des Reichsaußenministers vom 18. 11. 1938.

²⁶⁾ Ebd., S. 398 f.: Aufzeichnung des Reichsaußenministers vom 20. 11. 1938.

^{26a)} Vgl. dazu prinzipiell die grundlegende Studie von A. Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940—1941, Frankfurt/M. 1965, und die Untersuchung C. A. Gemzell, Raeder, Hitler und Skandinavien. Der Kampf für einen maritimen Operationsplan, Lund 1965, sowie im einzelnen das u. a. über diese beiden Arbeiten hinausführende Buch des Verfassers. Zur Frage des „Ausgriffs nach Übersee in den vierziger Jahren“ vgl. auch die Studie

Während sich Chamberlain und Halifax in London anschickten, zur Erörterung einer gemeinsamen Politik gegenüber den Diktatoren ihre französischen Kollegen aufzusuchen²⁷⁾, glaubte man deutscherseits, erste Erfolge der in München eingeschlagenen Politik der Franzosen, wie man sie im Umkreis von Ribbentrops verstand, zu erblicken. In der Versteifung der französischen Haltung in der Kolonialfrage²⁸⁾ — offenbar schien sich Davignons eingangs erwähnte Prognose nicht zu bestätigen — sah man einen Beweis für die von Daladier und Bonnet angestrebte außenpolitische Neuorientierung Frankreichs. In Mittel- und Osteuropa, so wollte man es in Berlin sehen, befinde sich die Trikolore auf dem Rückzug, um um so stolzer die Macht des „größeren Frankreichs“ in Übersee zu verkünden²⁹⁾.

Betrieb Paris in der Tat 1938 die Politik der getrennten Interessensphären, die Hitler den Engländern so lange angepriesen hatte? Wie war es um Chamberlains großen Plan, über die Kolonialpolitik zur Errichtung einer friedlichen Welt zu gelangen, bestellt, wenn die eigensinnigen Vorstellungen des gallischen Partners zutrafen? War Frankreich wirklich so kurzsichtig, seine östlichen Partner aufzugeben und Hitler „freie Hand“ zu lassen? War nicht

von W. W. Schmokel, *Dream of Empire: German Colonialism 1919—1945*, New Haven/London 1964, S. 121 ff. (dtsche. Übersetzung: *Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus 1919—1945*, Gütersloh 1967), das jedoch aufs ganze gesehen, den Erwerb von Kolonien zu stark als eine Alternative zur Ostpolitik ansieht, nicht aber als eine Stufe im „Programm“ des „Führers“ erkennt, die nach den kontinentalen Eroberungen betreten werden sollte. Siehe darüber hinaus auch grundsätzlich den Aufsatz von G. Moltmann, *Weltherrschaftsideen Hitlers*, in: *Europa und Übersee*. Festschrift für E. Zechlin, Hamburg 1961, S. 197 ff.

²⁷⁾ PA, Pol. II (93), Bd. 7: v. Dirksen-Telegramm vom 22. 11. 1938.

²⁸⁾ Ebd., Büro Staatssekretär, Frankreich: v. Rintelen, Berlin, 23. 11. 1938. Schon am 17. 11. 1938 berichtete Botschafter v. Dirksen (ADAP, D, 4, S. 288 ff.: v. Dirksen an AA vom 17. 11. 1938) über die von den Franzosen nun wieder verstärkt vertretene Ablehnung der Kolonialforderungen, ohne allerdings die Konsequenzen über eine Neuorientierung der französischen Politik daraus zu ziehen, wie v. Rintelen es tat.

²⁹⁾ Zum Widerstreit zwischen kontinentaler und überseeischer Orientierung in der Außenpolitik Frankreichs vom Ancien Régime bis in die Moderne hinein vgl. D. Gerhard, *Kontinentalpolitik und Kolonialpolitik im Frankreich des ausgehenden Ancien Régime*, in: *Historische Zeitschrift* 147 (1933), S. 21 ff. und F. Wagner, *Frankreich und sein Kolonialreich*, in: *Historische Zeitschrift* 162 (1940), S. 40 ff.

allgemein bekannt, daß der „Führer“ — anders als in seinen Bemühungen um Großbritannien — Frankreich gegenüber nie eine ähnliche Offerte auf kolonialem Gebiet als Aufforderung zur Partnerschaft gemacht hatte? Ja, reflektierte nicht Mussolini, neidisch und aggressiv, auf die überseeischen Besitzungen der lateinischen Schwesternation?

Während — besonders von französischer Seite vorangetrieben — die Vorbereitungen für das deutsch-französische Abkommen weiterliefen und Paris sich bereits zu dem Vorbehalt des deutschen Reichsaußenministers, das Kolonialproblem dürfe keinesfalls durch die gegenseitige Garantie der Grenzen präjudiziert werden, verstanden hatte³⁰⁾, gelang es nun dem immer noch in Europa weilenden Pirow endlich, nach von Ribbentrop und anderen Prominenten des Dritten Reiches, wie etwa dem Ritter von Epp³¹⁾, Hitler in Berchtesgaden zu treffen³²⁾. Unter dem Eindruck der Reichskristallnacht und der jüdischen Emigration schlug der südafrikanische Politiker vor, die Juden in deutschen Kolonien anzusiedeln. Auf Hitlers Bemerkung, das Reich habe keine überseeischen Besitzungen, entgegnete Pirow, „daß dieses Angebot, Juden in deutschen Kolonien anzusiedeln, eine neue Situation in der internationalen Diskussion der Kolonialfrage schafft“. Doch Hitler lehnte es ab, das Kolonialproblem und die „Judenfrage“ in einer Regelung miteinander zu verquicken. Selbst wenn er dazu bereit wäre, so erklärte der „Führer“, könne er das dem deutschen Volk gegenüber nicht tun. Man würde es im Reich nicht verstehen, „daß Gebiete, in denen so viel deutsches Heldenblut geflossen sei, in denen ein Lettow-Vorbeck gekämpft hätte, den ärgsten Feinden der Deutschen zur Verfügung gestellt würden“.

Der Pirowsche Vorschlag brachte für Hitler keinen ersichtlichen Vorteil, wenn wir der von Legationsrat Hewel besorgten Aufzeichnung folgen und die von Pirow in seinen Memoiren berichtete Version aufgrund des minderen Quellenwerts außer acht lassen. Ihr zufolge hatte der Besucher aus Südafrika nämlich dem „Führer“ gegenüber versichert, wenn Deutschland sich zu der von ihm skiz-

zierten Lösung des Juden- und Kolonialproblems verstehen könne, so würde Hitler bei Chamberlain bestimmt Verständnis und Erlaubnis für seine Politik der „freien Hand“ im Osten erhalten³³⁾. Doch das Judenproblem sollte, Hitlers Doktrin folgend, endlich auf andere Art als durch überseeische Aussiedlung gelöst werden, und es erschien ihm noch zu früh, die Kolonialfrage zu regeln. Pirows Plan hätte den später initiierten, doch schon in „Mein Kampf“ angekündigten^{33a)} „Vernichtungsfeldzug“ gegen das Judentum verhindert und Hitler u. U. gerade solche Gebiete in Übersee genommen, die in die geplante „Weltmachtstellung“ mit einbezogen werden konnten. Seiner Doktrin und dem daraus entwickelten außenpolitischen „Programm“ liefen Pirows Pläne entgegen. Ja, wäre Hitler dem südafrikanischen Politiker gefolgt, so wären es seiner monomanen Vorstellung zufolge, rückblickend gewiß die Juden gewesen, die das Reich auch um seine überseeische „Weltmachtstellung“ gebracht hätten. Daher, so ist man heute anzunehmen geneigt, behielt er sich den weltweit vorgestellten und dann auch international geführten Kampf gegen das Judentum als eine nationale Aufgabe vor und beseitigte Diskussionen über die Kolonialfrage mit der nun schon aus seinem Mund seit über einem Jahr bekannten und auch durch von Ribbentrop benutzten Formel, man müsse sie in fünf oder sechs Jahren wieder aufwerfen. Nur wenige Sätze später gab Hitler eine Begründung für diese Verzögerung und erklärte, die Abänderung seines „Programms“, nämlich — früher als ursprünglich vorgesehen — nach Übersee auszugreifen, aus seiner enttäuschten Liebe zu England: „Wenn England schlaues gewesen wäre, so könnte zwischen England und Deutschland ein Verhältnis engster Freundschaft bestehen. Deutschland als stärkste Militärmacht der Welt, England als stärkste Seemacht der Welt würden die gigantischste Macht der Welt darstellen ...“^{33b)}. Nun aber, so darf man Hitlers Gedanken wohl ver-

³⁰⁾ PA, Büro Staatssekretär, Frankreich I: Telegramm Graf Welczeks vom 24. 11. 1938.

³¹⁾ Ebd., Büro Reichsminister 32: Handschriftliche Notiz ohne Datum über den Besuch Pirows bei v. Epp (am 26. 11. 1938 z. d. A.).

³²⁾ ADAP, D, 4, S. 291 ff.: Aufzeichnung Hewel am 24. 11. 1938.

³³⁾ Die von Legationsrat Hewel verfaßte Aufzeichnung berichtet über diesen Vorschlag Pirows nichts. Der südafrikanische Politiker selbst hat diese Darstellung in einer Biographie über General Hertzog gegeben. O. Pirow, James Barry Munnik Hertzog, London 1958, S. 238. Vgl. zum Problem den Aufsatz von D. C. Watt, Pirow's Mission in November 1938: „Free hand“ for Hitler and Relief for the Jews, in: The Wiener Library Bulletin XII (1958), S. 53.

^{33a)} Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1941, S. 425 ff., S. 444 f. und S. 724 f.

^{33b)} ADAP, D, 4, S. 291 ff.: Aufzeichnung Hewel am 24. 11. 1938.

stehen und ergänzen, schien ihm der Kampf mit Großbritannien fast unausweichlich, würde Deutschland die störrischen Briten strafen und zum überseeischen Konkurrenten heranwachsen.

Unterdessen versteifte sich auf französischer Seite in allen Lagern, von den Radikalsozialisten des Ministerpräsidenten Daladier über die rechtsstehende Fédération Républicaine bis hin zur Senatskommission für Kolonialfragen und beiden Häusern des Parlaments, die Front gegenüber den deutschen Kolonialforderungen³⁴⁾. Es erscheint einleuchtend, daß Hitler mit seinen Äußerungen, die nicht auf eine baldige Regelung des Kolonialproblems drängten, in Frankreich — anders als die die Kolonialfrage immer wieder anrührenden Diplomaten und Propagandisten des Reiches — als Vertreter einer gemäßigten Außenpolitik gelten konnte.

Noch blickte Hitler nach Prag, ja hin und wieder sogar schon nach Warschau, als sein Außenminister von Ribbentrop beim Oberkommando der Wehrmacht in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt die Vorbereitung der Kolonialarbeit anregte. Seit dem 28. November 1938, so erfahren wir aus dem Bericht Nr. I des OKW über den Stand der kolonialen Vorarbeiten, kooperierten das Oberkommando der Wehrmacht und die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes aufgrund der Anregung des Ministers³⁵⁾. Gleichzeitig aber sprach Hitler gegenüber dem belgischen Botschafter Davignon nur beiläufig über das koloniale Thema, und von Ribbentrop erklärte dem belgischen Grafen, die Frage werde wohl erst in fünf bis sechs Jahren spruchreif sein³⁶⁾. Die praktischen, nicht nur wie bisher propagandistischen Vorbereitungen für die vierziger Jahre hatten bereits begonnen, die Planungen für das „never — never land of history“³⁷⁾ setzten ein, und in der im Herbst 1938 verfaßten Schlußdenkschrift des Planungsausschusses des Oberkommandos der Marine „Seekriegs-

führung gegen England“³⁸⁾ wurden koloniale Erwerbungen bereits als eine unter anderen Möglichkeiten diskutiert, um überseeische Stützpunkte für die Auseinandersetzung mit England zu gewinnen. Hitlers Plan dagegen war es, Kolonien erst *nach* den kontinentalen Aktionen, auf keinen Fall aber sofort zu erwerben, wie es die Marine der Diplomatie vorschreiben wollte. Vorläufig aber hieß es auf dem Gebiet der kolonialen Propaganda „kurz zu treten“ und „nicht mehr gegen die englische Regierung zu Felde zu ziehen unter dem Thema Kolonialfrage usw.“³⁹⁾. Die „heimliche Allianz“ zwischen Chamberlain und Hitler bestand weiterhin!

Endlich wurde in diesen Tagen, am 6. Dezember 1938, die deutsch-französische Freundschaftserklärung unterzeichnet⁴⁰⁾. Bevor von Ribbentrop am Vormittag um 11 Uhr in der historischen Salle l'Horloge des Quai d'Orsay seine Unterschrift unter dieses so unbedeutende Dokument setzte, das zugleich den Höhe- und Endpunkt der vom Oktober bis zum Dezember von Paris versuchsweise selbständig geführten Deutschlandpolitik bedeutete⁴¹⁾, hatte Graf Welczek Außenminister Bonnet nochmals auf die deutschen Kolonialansprüche hingewiesen, die unbeachtet der Grenzgarantien weiterbeständen⁴²⁾. In einer sich an den historischen Akt anschließenden Aussprache zwischen den beiden Außenministern⁴³⁾ machte Bonnet von Ribbentrop auf dessen Nachfrage hin klar, daß Frankreich in der Kolonialfrage im jetzigen Augenblick nichts zugunsten Deutschlands unternehmen könne. „Es habe in München sehr erhebliche Opfer bringen müssen, und als daher im Anschluß an das Münchener Abkom-

³⁴⁾ PA, Pol. II (93/7): Bericht Graf Welczeks vom 25. 11. 1938 „Frankreich und die deutsche Kolonialforderung“.

³⁵⁾ National Archives Washington (künftig zit. NA), T — 77, 642, 1838561, OKW/Ausl. VII: Bericht I über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 27. 1. 1939.

³⁶⁾ Dies berichtet R. Coulondre, *De Staline à Hitler. Souvenirs de deux Ambassades 1936—1939*, o. O. 1950, S. 222.

³⁷⁾ W. W. Schmokel, *Dream of Empire: German Colonialism 1919—1945*, New Haven/London 1964, S. 181.

³⁸⁾ Vgl. dazu C. A. Gemzell, Raeder, Hitler und Skandinavien. Der Kampf für einen maritimen Operationsplan, Lund 1965, S. 104.

³⁹⁾ BA, Sammlung Traub 110/10 vom 1. 12. 1938.

⁴⁰⁾ Vgl. dazu die Schilderung bei O. Abetz, *Das offene Problem*, Köln 1951, S. 92.

⁴¹⁾ Vgl. zu dieser Phase der französischen Politik die an der Parteihochschule „Karl Marx beim ZK der SED“ angefertigte Dissertation von H. Lindner, *Das Komplott der reaktionären, imperialistischen und faschistischen Kräfte in Deutschland und Frankreich vom Münchener Abkommen bis zur vollständigen Annexion der Tschechoslowakei (unter besonderer Berücksichtigung der Deutsch-Französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938)*, Diss., o. O. 1964.

⁴²⁾ ADAP, D, 4, S. 402: Aufzeichnung v. Rintelen vom 23. 11. 1938 und ebd., S. 409: Rundtelegramm des Leiters der Politischen Abteilung vom 5. 12. 1938.

⁴³⁾ Ebd., S. 411 ff.: Aufzeichnung Schmidt vom 6. 12. 1938.

men aus deutschen Verlautbarungen bei Frankreich der Eindruck entstanden sei, als wolle das Reich nunmehr unmittelbar nach München mit neuen Forderungen auf dem Kolonialgebiet kommen, habe sich in französischen Kreisen der bekannte absolute Widerstand in der Kolonialfrage erhoben, so daß im Augenblick nichts zu machen sei ...“.

Nicht nur für Frankreich und Großbritannien war es wichtig, die künftige Stoßrichtung deutscher Politik zu kennen, auch kleinere Nationen, wie z. B. Bulgarien, zeigten Interesse für das deutsche Kolonialproblem. So wollte der bulgarische Gesandte am 9. Dezember 1938 von Unterstaatssekretär Woermann „besonders wissen“⁴⁴⁾, ob die Kolonialfrage mit Pirow erörtert worden sei. Das Interesse des südosteuropäischen Landes scheint dabei eindeutig zu sein: Man wollte erfahren, ob der nächste Vorstoß Hitlers in den Süden, Osten oder Südosten des europäischen Kontinents oder in die Weiten überseeischer Länder führen werde. Wie gebannt, so scheint es, blickten alle Nationen in diesen ersten Dezembertagen des Jahres 1938 auf den Mann in Berlin, der seinerseits fernab von den diplomatischen Verhandlungen und, fast ist man geneigt zu sagen, in krankhafter Monomanie seinen Zielen nachjagte.

Unter seinen Mitarbeitern herrschte indessen Uneinigkeit über die Vor- und Nachteile der verschiedenen in Berlin vertretenen außenpolitischen Konzeptionen. Das Kolonialpolitische Amt gab sich auf einer am 15. Dezember abgehaltenen Pressekonferenz — ganz im Sinne des englisch-deutschen Stillhalteabkommens — zurückhaltend⁴⁵⁾. Ostpreußens selbstherrlicher Gauleiter Koch erschien wenige Tage später bei von Ribbentrop, um mäßigend auf ihn einzuwirken⁴⁶⁾. Der Mann, der drei Jahre später den Ostminister Rosenberg kaltstellen sollte⁴⁷⁾, bezeichnete den Gedanken an einen europäischen Krieg als „das Ende von allem“ und als reinen Wahnsinn, charakterisierte die Idee kolonialer Erwerbungen als absurd, da man gar nicht wisse, was damit anzufangen sei, und sah als fernes Ziel deutscher Politik die Ukraine an: „Ja das ist etwas anderes, aber nicht für heute, für morgen, und mit den anderen“. Ein tiefer Unterschied trennte Koch von Hitler. Was der „Führer“ — an seinem „Programm“ gemessen und psychologisch bedingt — unter Zeitdruck in Kürze erreichen wollte, das war für Koch ein fernes Ziel. Was Koch im Verein mit den anderen, das heißt mit England und etwa im Rahmen einer neuen „Münchener Vereinbarung“ zu erreichen gedachte, wollte Hitler bei englischer Neutralität in einem kurzen Feldzug erraffen!

Hitlers Kolonialauftrag vom März 1939

Doch der Gedanke, Kolonien zu erwerben, erschien Hitler längst nicht mehr als „absurd“, denn bald schon verlieh er den kolonialpolitischen Vorbereitungen seine offizielle Anerkennung. Bereits Anfang Dezember 1938 griff er mit entsprechenden Anweisungen bei den beteiligten Dienststellen ein. In den ersten Dezembertagen des Jahres 1938 sprach Oberst von Geldern-Crispendorf, Offizier in der Abteilung I des OKW und Beauftragter seiner Dienststelle für die Kolonialfrage, in einer Unterredung mit dem Vertreter der Dienststelle des Wirtschafts- und Rüstungsamtes⁴⁸⁾ des Oberkommandos der Wehrmacht davon⁴⁹⁾, Hitler habe die „Anweisung“ gegeben, die

Kolonialfrage bei allen Staats- und Parteidienststellen propagandistisch weiterzubearbeiten, sie jedoch zur Zeit nicht „zur akuten Forderung“ zu machen, „da andere politische Ziele im Vordergrund stehen“. Daß Deutschland für die Regelung der Kolonialfrage einen Aufschub als erwünscht betrachtete, ließ Hitler zu diesem Zeitpunkt auch ausländische Di-

⁴⁵⁾ Ebd., Unterstaatssekretär Kolonien 1937—1942: Bericht Gesandter Aschmann vom 17. 12. 1938.

⁴⁶⁾ Vgl. dazu C. J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission, 1937—1939*, München 1962, S. 187 ff.: Brief an F. Walters vom 20. 12. 1938.

⁴⁷⁾ A. Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland*, Düsseldorf 1958, S. 140 ff., 145 ff., 158 ff., 164 ff., 171 ff.

⁴⁸⁾ NA, T — 77, 642, OKW/WWi VI, 1838570 ff.: Besprechungsnotiz über den Stand der Bearbeitung von Kolonialfragen bei der Wehrmacht und im Reich. Siehe auch die Darstellung bei G. L. Weinberg, *German Colonial Plans and Policies 1938 bis 1942*, in: *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für H. Rothfels*, Göttingen 1963, S. 464 f.

⁴⁴⁾ PA, Büro Reichsminister 32: Notiz Woermanns vom 9. 12. 1938.

⁴⁸⁾ Vgl. zur Organisation und Tätigkeit des Amtes jetzt: G. Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918—1943/45)*, hrsg. von W. Birkenfeld, Boppard/Rh. 1966.

plomaten wissen⁵⁰⁾. Den Grund bildeten, wie das OKW erfuhr, andere, im Zentrum des Interesses stehende politische Ziele. Als besonders wichtig notierte von Geldern dies: „Insbesondere will der Führer auf keinen Fall die Kolonialfrage mit der Judenfrage verquickt haben. Die Judenfrage sei für das Ausland sehr erwünscht gekommen und sofort aufgegriffen worden, das wäre jedoch nur taktisch zu werten. Schon vor ihrer Zuspitzung hätte eine völlige ablehnende Haltung im gesamten Ausland in der Kolonialfrage vorgelegen. Der Führer wird auf der Rückführung sämtlicher Kolonien bestehen ...“. Austauschpläne, wie im Pirowplan erwähnt, seien als indiskutabel abzulehnen. Weiter informierte Oberst von Geldern seine Kollegen vom Wirtschafts- und Rüstungsamt über die Tätigkeit weiterer, gleichfalls mit Kolonialangelegenheiten betrauter Dienststellen, verwies auf die Abteilung X des Auswärtigen Amtes, auf den Geheimrat Karlowa, der sich sozusagen halbamtlich, aber im Rahmen des Auswärtigen Amtes und als enger Berater von Ribbentrops besonders kolonialwirtschaftlichen Fragen und Planungen widme. Dabei erfahren wir, allerdings ohne genaue Angabe des Informanten, daß von Ribbentrop vor Jahren seine Dienststelle, aus der auch Karlowa hervorging, „als Grundstock eines Kolonialministeriums eingerichtet“ habe. Im Zusammenhang mit von Gelderns Ausführungen über das schon seit geraumer Zeit unter von Epp mit Kolonialangelegenheiten befaßte Kolonialpolitische Amt hören wir, daß diese Dienststelle auch die vom Auswärtigen Amt wahrgenommenen Kolonialbelange unter ihre Führung zu nehmen gedenke: „Dementsprechend besteht ein Plan des Führers, das Kolonialpolitische Amt (KPA) zum Reichsamt zu machen, das in engster Fühlung mit der Wehrmacht die gesamten Angelegenheiten amtlich bearbeiten soll.“

Hatte Hitler zu dieser Zeit schon eine entsprechende Bemerkung darüber gemacht, das KPA zu einem Kolonialministerium zu erheben, wie Gerhard L. Weinberg diesen Ausführungen offenbar entnimmt⁵¹⁾? Einerseits entspräche es durchaus der „Konzeption“ Hitlers, eine zentrale Stelle für die vorbereitenden Arbeiten zu schaffen, um in einigen Jahren für die „Fahrt über See“ bereit zu sein. Andererseits erscheint es als zu diesem Zeitpunkt taktisch unklug und daher unwahrscheinlich, dem „Führer“ zu unterstellen, die öffentliche Mei-

nung des Auslandes, besonders aber in England, durch Errichtung eines offiziellen Ministeriums aufs neue zu erregen. Daher wurden die vorbereitenden Arbeiten bis auf weiteres ohne ein-offizielles Ministerium vorangetrieben.

Entscheidend aber ist, daß Hitler — mit europäischen Fragen vollauf beschäftigt — nun die in ein konkretes Stadium eintretenden, das heißt über die reine Propagandatätigkeit hinausgelangten Vorbereitungen beobachtete und billigte.

Von Geldern erwähnte weiter, er sei bereits vor Jahresfrist mit den Kolonialvorbereitungen vom „Wehrmachtsstandpunkt“ aus beauftragt worden und Heer und Marine seien gemeinsam damit beschäftigt, die Aufstellung einer Schutztruppe vorzubereiten. Da der Oberst während der tschechischen Krise jedoch anderweitig beschäftigt war, nahmen diese Arbeiten erst am 1. Dezember 1938 ihren Fortgang. Die Kriegsmarine war mit ihren Vorbereitungen — so von Geldern — am weitesten fortgeschritten. Sie war es auch, die die gesamte Entwicklung stark forcierte. Stoßtrupps der Marine in Stärke von jeweils zwei Kompanien waren inzwischen ausgebildet und bereits entsprechende Ausbildungsrichtlinien ergangen. Aber auch die „Abteilung Ausland I“ im Oberkommando der Wehrmacht hatte das „Infanterieregiment 69“ in Hamburg schon als Schutztruppe in Aussicht genommen, während die Luftwaffe noch keine besonderen Vorbereitungen zu melden hatte. Oberst von Geldern hielt ferner eine enge Zusammenarbeit seiner Abteilung „Ausland I“ mit dem Wirtschafts- und Rüstungsamt für wichtig und bat darum, nicht nur die früheren deutschen Kolonialgebiete, sondern auch deren afrikanische Nachbargebiete wie Angola, Mozambique, Belgisch-Kongo, Französisch-Äquatorialafrika „auf alle Fälle“ in die wehrwirtschaftlichen Untersuchungen mit einzubeziehen⁵²⁾. Die ersten Schutztruppen des Dritten Reiches wurden aufgestellt. Wann würden sie gebraucht werden?

Am 20. Dezember 1938 fand in München eine Zusammenkunft zwischen Ritter von Epp und Vizeadmiral Canaris sowie Kapitän zur See Bürckner als den Abgesandten des Oberkommandos der Wehrmacht statt. Neben von Epp nahmen noch sein Stabsleiter im Kolonialpolitischen Amt, Kapitänleutnant a. D. Wenig, und

⁵⁰⁾ Vgl. dazu Schmokel, *Dream*, S. 121.

⁵¹⁾ Weinberg, *Plans*, S. 465.

⁵²⁾ Alle diese Informationen entstammen der in Anm. 49 erwähnten Besprechungsnotiz.

der Leiter der Verbindungsstelle Berlin des Kolonialpolitischen Amtes, Oberstleutnant Bauszus, an der Besprechung teil⁵³). Man vereinbarte, künftig in enger Fühlungnahme zwischen dem Oberkommando der Wehrmacht und Reichsleiter von Epp auf sämtlichen einschlägigen Kolonialgebieten zusammenzuarbeiten — ähnlich waren ja bereits im November OKW und Auswärtiges Amt übereingekommen. Zusammen damit wurde der wohl noch entscheidendere Beschluß gefaßt, die „grundlegenden Vorarbeiten für die Aufstellung von einsatzbereiten kolonialen Truppen sofort“ aufzunehmen. Das Oberkommando der Wehrmacht sollte die Vorbereitungen für den Aufbau späterer Schutztruppen und das Kolonialpolitische Amt die der „Polizei-Truppen“ „im zukünftigen kolonialen Neu-Besitz“ bearbeiten.

Bedenkt man in diesem Zusammenhang, daß auch Himmler, die SS und der SD die Aufstellung kolonialer Polizeitruppen planten⁵⁴), so wird klar, daß für diesen Fall wahrscheinlich noch eine harte Auseinandersetzung bevorstehen würde. Zwischen von Epp und dem OKW bestand indessen eine „einheitliche Auffassung darüber, daß die vorbereitende Ausbildung für den Kolonialdienst — in heutiger Lage — für Wehrmacht und Polizei gleich sein müsse“. Die waffenmäßige Ausbildung als Ganzes — und auch dies wird kaum den Beifall Himmlers und Heydrichs gefunden haben — sollte für Wehrmacht und Polizei beim Oberkommando der Wehrmacht liegen. Das OKW war aufgrund früherer Recherchen über die Nachwuchslage für den Schutztruppendienst orientiert und leitete zusammen mit den Wehrmachtsstellen Bemühungen ein, um für den kolonialen Nachwuchs Sorge zu tragen⁵⁵). Heer und Marine, Kolonialpolitisches Amt und SS planten bereits im Dezember 1938 — dem „Programm“ ihres „Führers“ vorausgehend — für die vierziger Jahre.

Dagegen war Hitler in diesen Tagen mit einer anderen Frage beschäftigt, die sich ihm als Alternative stellte und über die der damals nur teilweise eingeweihte Staatssekretär von Weizsäcker dem ehemaligen Botschafter in

Rom, von Hassell, am 16. Dezember berichtete⁵⁶). Man plane den Krieg gegen England, so schilderte der Staatssekretär die Politik Hitlers und von Ribbentrops, schwanke aber noch, ob man sich dafür Polens Neutralität erhalte oder aber zuerst im Osten zur „Liquidation“ der deutsch-polnischen und der ukrainischen Frage sowie der „Memelfrage“ schreite, „die aber nach Hitlers Ansicht keiner Waffengewalt, sondern nur eines eingeschriebenen Briefes an Kaunas⁵⁷) bedürfe“. Keinesfalls, das dürfen wir allein schon im Blick auf Hitlers Flottenplanung feststellen, dachte der deutsche Diktator 1938 an einen unmittelbar bevorstehenden Krieg gegen England. Vielmehr stand für Hitler fest, erst nach Osten vorzustoßen — sei es, um gemeinsam mit Warschau, bzw. durch ein neutrales Polen gedeckt, gegen die Ukraine zu ziehen, sei es, um den östlichen Nachbarn zu schlagen und die polnische Frage vor dem ukrainischen Problem zu lösen. Hitler blickte nach Prag, Warschau und Kiew, die Kriegsmarine aber plante für den kommenden Krieg gegen England, für das Stützpunktsystem im Atlantik und für die koloniale Landnahme der vierziger Jahre.

Der Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Raeder, gewann im Zuge der im Winter 1938/1939 auf längere Sicht geplanten Kriegsvorbereitungen gegen England „in entscheidendem Grad Gehör bei Hitler“⁵⁸). Der „Führer“ selbst genehmigte im Januar 1939 den Z-Plan, in dessen Zentrum der Bau von sechs Schlachtschiffen zu 50 000 Tonnen stand und der — vorläufig — absolute Priorität vor allen anderen Rüstungsunternehmen genoß. Ja, auf Hitlers Drängen hin wurde die Frist für die Ausführung des Z-Plans vom Jahr 1948 auf das Jahr 1945 vorgezogen, und in Marinekreisen veranschlagte man die Erfüllung des Z-Plans und den Kriegsbeginn mit den Westmächten schon auf das Jahr 1943⁵⁹). 1943—1945 wollte Hitler den im Osten notwendigen „Lebensraum“ spätestens erobert haben, und danach sollte nach seinen eigenen Worten auch das Kolonialproblem wieder aktuell werden. Nach Schätzungen der Marineleitung hätte die für den Kampf gegen England nötige Flotte im Jahre 1943, nach der Kalkulation Hitlers 1945, zur Verfügung gestanden. Die Auseinandersetzung um die Errichtung einer überseeischen „Weltmachtstellung“ des Reiches konnte so

⁵³) NA, T — 77, 642, OKW/Ausl. VII, 1838562 ff.: Bericht I über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 27. 1. 1939.

⁵⁴) Vgl. dazu auch O. Groehler, Kolonialforderungen als Teil der faschistischen Kriegszielplanungen, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 5 (1965), S. 552.

⁵⁵) NA, T. — 77, 642, OKW/Ausl. VII 1838563: Bericht I über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 27. 1. 1939.

⁵⁶) Hassell, Tagebücher, S. 36 f.

⁵⁷) Kaunas (= Kowno), Sitz der litauischen Regierung.

⁵⁸) Gemzell, Raeder, S. 145.

⁵⁹) Ebd., S. 94 f. und S. 97.

dann beginnen und auch Afrika seinen Platz in Hitlers Weltreich einnehmen. In den deutsch-englischen Flottenbesprechungen von Ende 1938/Anfang 1939 forderte das Reich, bereits die im Flottenvertrag vom 18. Juni 1935 festgelegte Klausel anwenden und hinsichtlich der U-Boot-Tonnage die 45 %-Grenze überschreiten zu dürfen⁶⁰⁾.

Als Polens Außenminister Beck am 5./6. Januar 1939 in Deutschland weilte und Hitler und von Ribbentrop versuchten, ihn für die „große Lösung“ einer deutsch-polnischen Partnerschaft zu gewinnen, da betonte der „Führer“ in bekannter Weise⁶¹⁾, „früher oder später“ werde er die lebensnotwendigen Kolonien zurückerhalten, ohne Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß es — und zwar zusammen mit Polen — vorher noch andere Probleme zu lösen gelte. Typisch für Hitlers skrupellose Verhandlungstaktik erscheint, daß er Beck gegenüber versicherte, Deutschland wäre vielleicht bereit gewesen, zur Lösung der „Judenfrage“ — ein Problem, das Polen wie Deutschland betreffe — ein Territorium in Afrika zur Verfügung zu stellen, wenn nur die Westmächte für die Forderungen des Reiches Verständnis aufgebracht hätten. Es waren erst knapp drei Monate vergangen, als er eben diesen Vorschlag Pirows abgelehnt und an das OKW die Weisung gegeben hatte, strikt von solchen Plänen abzurücken. Doch trotz aller Drohungen und Beteuerungen gemeinsamer Interessen ging Beck auf Hitlers Plan der „großen Lösung“ nicht ein!

Hitler und von Ribbentrop bereiteten das Terrain für den nächsten europäischen Schlag vor; OKW und AA führten Besprechungen für den zweiten, den überseeischen Teil der Hitlerischen Planungen: Am 10. Januar 1939 teilte der Leiter der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, Bielfeld, in einer Unterredung dem Beauftragten des OKW, von Geldern, mit⁶²⁾, daß in nächster Zeit in München zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Kolonialpolitischen Amt Verhandlungen begännen, um eine Stelle im Reich zentral mit allen kolonialen Vorbereitungsarbeiten zu betrauen. Dadurch sollten alle anderen Stellen beseitigt werden, die sich ohne besondere Genehmigung mit kolonialen Vorarbeiten beschäftigten. Ob diese neue Zentralstelle dem Außenminister von Ribbentrop oder dem Reichsleiter von Epp unterstehen

⁶⁰⁾ PA, Flottenverhandlungen 4: Zeitungsberichte, Deutsche Gesandtschaft Den Haag, vom 6. 1. 1939.

⁶¹⁾ ADAP, D, 4, S. 127 ff.: Aufzeichnung Schmidt vom 5. 1. 1939.

werde, bleibe der Entscheidung Hitlers vorbehalten. Dahinter erhob sich die Frage: Würde von Epp bald Chef eines neu geschaffenen Kolonialministeriums sein, und würde es ihm gelingen, der Ämter- und Planungsanarchie auf kolonialem Gebiet Herr zu werden?

Unterdessen schmiedete das Auswärtige Amt weiter an der europäischen Koalition gegen England. Ungarn trat dem Antikominternpakt bei, und von Ribbentrop kündigte dem ungarischen Außenminister Csaky gegenüber an⁶³⁾ — wohl immer noch von der Hoffnung auf die polnische Einwilligung bestimmt —, bald würden noch andere Mächte folgen. Die stets wachsende Dynamik und Stärke der „Achsenmächte“ bestimme souverän das Weltgeschehen. Dies werde sich bald schon zeigen, denn Deutschland und Italien hegten durchaus „noch legitime Wünsche“. Aber ohne den Blick auf europäische Ziele freizugeben, erwähnte von Ribbentrop in diesem Zusammenhang nur die deutschen Kolonien, „die wir hundertprozentig zurückerhalten wollen...“. Doch die Welt war durch derlei Auskünfte nicht zu beruhigen. In einem zur Unterrichtung des amerikanischen Präsidenten von Außenminister Halifax am 24. Januar 1939 nach Washington gesandten Bericht⁶⁴⁾ war etwa von den verschiedenartigsten Expansionsplänen und Absichten die Rede. Ausgriffe nach Osten und in die Ukraine, ein Überfall auf die Westmächte und dem folgend eine Überrennung des Ostens wurden in Erwägung gezogen. Daß aber der Erwerb von Kolonien Deutschlands nächstes Ziel sein könne, davon wurde nicht mehr länger gesprochen. Anders aber als Lord Halifax, der den amerikanischen Präsidenten schon im Januar 1939 durch den britischen Diplomaten Mallet über die Pläne des „totalitären“ Gegners unterrichten ließ^{64a)}, glaubte man in Paris zur gleichen Zeit⁶⁵⁾ ebenso an die Forderung des Reiches nach Kolonien wie an einen Überfall auf die Niederlande, den auch Lord Halifax erwähnte, ja sogar an einen plötzlichen Luftangriff auf Großbritannien mit einer nachfolgenden Invasion. In Berlin gingen indessen die kolonialen Vorbereitungen und die Koordination zwischen den Abteilungen des

⁶²⁾ NA, T — 77, 642, OKW/Ausl. VII, 1838561 f.: Bericht I über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 27. 1. 1939.

⁶³⁾ ADAP, D, 5, S. 306 ff.: Aufzeichnung des Reichsaußenministers vom 16. 1. 1939.

⁶⁴⁾ DBFP, 3rd ser., Band 2, S. 4; Halifax an Mallet vom 24. 1. 1939.

^{64a)} Ebd.

⁶⁵⁾ Bonnet, Katastrophe, S. 177.

OKW, dem Kolonialpolitischen Amt und dem Auswärtigen Amt weiter⁶⁶⁾), während die Welt gespannt den Besuch des Außenministers von Ribbentrop in Warschau verfolgte.

Noch einmal — selbst nach dem ablehnenden Bescheid der polnischen Regierung vom Januar 1939 — versuchte der deutsche Außenminister, für eine „große Lösung“ eines deutsch-polnischen Zusammengehens zu werben. Angesichts der Herzlichkeit der gewechselten Worte argwöhnte man besonders in Paris einen Abfall des polnischen Partners. Doch offenbar verkannte damals selbst Außenminister Bonnet den Zweck eines solchen, auf Ostexpansion abgestellten Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen, wenn er die Frage stellte: „Würde Polen auf unserer Seite stehen, falls Deutschland seine Kolonien zurückverlangte?“⁶⁷⁾ Gewiß mochte sich solcher Argwohn breitmachen, wenn man die Losungen der deutschen Kolonialpropaganda hörte. Aber Lord Halifax sollte mit seinen Vermutungen über Hitlers europäische Pläne viel eher Recht behalten. Natürlich gab auch Hitlers Rede vor dem Reichstag am 30. Januar 1939⁶⁸⁾ keinen sicheren Aufschluß über seine Ziele, stellte der „Führer“ doch vornehmlich zwei Forderungen der deutschen Politik heraus: einmal die Erweiterung des „Lebensraumes“ durch Exportförderung und die Teilnahme am Kolonialbesitz, zum anderen die Sicherung des Friedens durch Stärkung der Wehrkraft und der inneren Einheit. Wir wissen, wie mißtrauisch und ablehnend Hitler einer auf dem Export basierenden Wirtschaft gegenüberstand. Daher scheint es klar, daß die Stärkung der Wehrkraft allein der Gewinnung des „Lebensraumes“ dienen sollte. Aber wie schon in den vorhergehenden Jahren, so sprach der „Führer“ von seinen fernem afrikanischen Forderungen, während er seine nächsten europäischen Ziele bereits anvisiert hatte.

Die deutsche Presse wurde inzwischen vom Propagandaministerium dazu angehalten, die Kolonialforderung in der Führerrede zu kommentieren⁶⁹⁾; auch die Rekrutierungsmaßnah-

men für die Schutztruppe im Oberkommando der Wehrmacht gingen weiter⁷⁰⁾. Am 3. Februar 1939 berichtete Englands Gesandter in Danzig seinem Außenminister⁷¹⁾, das Reich plane nach Auskunft eines Vertreters des Auswärtigen Amtes nicht, den Danziger Status zu verändern, doch sei ihm von seinem deutschen Kollegen versichert worden, daß das Reich in diesem Jahr, im nächsten Jahr oder ein wenig später seine Kolonien zurückerhalten werde. Oberst von Geldern vom OKW äußerte ein paar Tage darauf die Ansicht, daß die koloniale Frage nicht vor dem Sommer 1939 in ein akutes Stadium treten werde⁷²⁾.

Für diesen Fall, der nach Hitlers Zeitplan erst einige Jahre später kommen sollte, war im Oberkommando der Wehrmacht vorgesehen, die Marine im wesentlichen mit der Besetzung der Kolonien zu betrauen⁷³⁾. Eine Woche, nachdem von Geldern über diese Planung berichtet hatte, trafen am 13. Februar 1939 General von Epp und Hitler zusammen. Der Reichsleiter hielt seinem „Führer“ Vortrag über die kolonialen Vorbereitungsarbeiten⁷⁴⁾. Hitler beauftragte von Epp und seinen kolonialen Stab an diesem Tag „mit der verantwortlichen Vorarbeit für einen Aufbau späterer Kolonialbelange“, wie es im zweiten Bericht des OKW über den Stand der kolonialen Vorarbeiten hieß^{74a)}. Der „Führer“ war nun, so dürfen wir ganz sicher feststellen, über alle Schritte auf kolonialem Gebiet unterrichtet. Er gestand von Epp zu, die Vorbereitungen weiter voranzutreiben und betraute ihn mit der verantwortlichen Leitung. Allerdings hieß es nicht, die Arbeiten seien zu beschleunigen, sondern es war vom „Aufbau späterer Kolonialbelange“ die Rede! Immerhin hatte Hitler damit die im Auswärtigen Amt, im Kolonialpolitischen Amt, in verschiedenen Ministerien, bei der SS und im OKW angelaufenen Kolonialvorbereitungen gebilligt!

Drei Tage nach seinem Zusammentreffen mit dem „Führer“ empfing von Epp am 16. Februar

⁷⁰⁾ NA, T — 77, 642, OKW/Ausl. VII, 1838563: Bericht über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 27. 1. 1939; siehe auch Weinberg, Plans, S. 465 f.

⁷¹⁾ DBFP, 3rd. ser., Band 4, S. 80: Shepherd an Halifax vom 3. 2. 1939.

⁷²⁾ NA, T — 77, 642, Hauptmann Rentsch (OKW/WiRüAmt). 1838560: „Aktennotiz. Betr.: Besprechung zwischen Oberst von Geldern-Crispendorf und Hauptmann Dr. Rentsch am 6. 2. 1939“.

⁷³⁾ Ebd., 1838559.

⁷⁴⁾ Ebd., OKW/Ausl. VII, 1838557 f.: Bericht II über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 24. 2. 1939.

^{74a)} Ebd.

⁶⁶⁾ NA, T — 77, 642, OKW/Ausl. VII, 1838562: Bericht über den Stand der kolonialen Vorarbeiten vom 27. 1. 1939. Besprechung von Epps mit den noch lebenden Gouverneuren der ehemaligen deutschen Kolonien; ferner: Ebd., OKW/WStbWWI VI a an Peucer vom 24. 1. 1939.

⁶⁷⁾ Bonnet, Katastrophe, S. 175.

⁶⁸⁾ „Der Führer vor dem ersten Reichstag Großdeutschlands — Reichstagsrede vom 30. 1. 1939“, München 1939.

⁶⁹⁾ BA, Sammlung Traub 110/11 vom 31. 1. 1939, S. 111.

1939 in München wieder den Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, Oberst von Geldern. Die Frage nach den Kompetenzen für das zukünftige Kolonialministerium schien entschieden, und General von Epp hatte bereits unter seiner Führung einen entsprechenden „Central-Ausschuß für den Wiederaufbau deutschen Kolonialbesitzes“ gebildet. Dem „Central-Ausschuß“ unterstanden die Sonderausschüsse für die ehemaligen Kolonien Südwest- und Ostafrika, Kamerun und Togo. In den von kolonialerfahrenen General-Referenten geleiteten Ausschüssen wurden die Ressorts Verwaltung, Finanzen, Verkehr und Wirtschaft bearbeitet. Der Aufbau der Schutztruppen lag dagegen weiterhin beim Oberkommando der Wehrmacht. Hitler hatte den Planungen offiziell zugestimmt. Seine Rede vom 30. Januar 1939 hatte die Kolonialforderung wiederum aller Welt vor Augen geführt und veranlaßte die Reichspressekonferenz dazu, den Journalisten am 14. Februar vorzuhalten⁷⁵⁾, nach Hitlers Ausführungen nicht mehr länger von den „verlorenen deutschen Kolonien“ oder „ehemaligen deutschen Kolonien“ zu sprechen, sondern von „den deutschen Kolonien“ oder „unseren Kolonien“.

Daher erscheint es verständlich, daß im Reich ein kolonialer Enthusiasmus ausbrach, der für die verantwortlichen Regierungsstellen nur allzu leicht peinlich werden konnte. In der Reichspressekonferenz vom 15. Februar wurde bekannt⁷⁶⁾, eine große deutsche Zeitung habe kürzlich eine Karte von Nordafrika veröffentlicht, auf der eine Verlängerung der „Achse Berlin—Rom“ über Lybien bis nach Kamerun eingezeichnet gewesen sei. Die französische Kolonialpresse habe entsprechend erregt reagiert, und die anwesenden Zeitungsleute wurden gebeten, „in Zukunft in dieser Richtung etwas vorsichtiger zu sein“.

Ebenso wie Ashton-Gwatkin, der Direktor der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office, in seinem Gespräch mit von Ribbentrop am 20. Februar 1939 den Eindruck erhalten mußte, als sei die Kolonialforderung für Deutschland ein wichtiges und dringliches Anliegen⁷⁷⁾, so trat, von dieser Überzeugung geleitet, in Paris Flandin für eine gemeinsame deutsch-französische Erschließung afrikanischer Gebiete ein,

⁷⁵⁾ BA, Sammlung Brammer, 101/12: Anweisung Nr. 172 vom 14. 2. 1939.

⁷⁶⁾ Ebd., Sammlung Traub, 110/11 vom 15. 2. 1939, S. 177.

⁷⁷⁾ ADAP, D, 4, S. 356 ff.: Aufzeichnung Hewel vom 20. 2. 1939.

plädierte der ehemalige Außenminister Delbos für die Regelung der Kolonialfrage im Rahmen eines Gesamtabkommens⁷⁸⁾. Obwohl im Auswärtigen Amt durchaus Bedenken gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet in den ehemaligen deutschen Kolonien bestanden, verhandelte Direktor Weigelt von der Deutschen Bank in Paris über entsprechende Projekte⁷⁹⁾. Wie man in deutschen Kreisen annahm^{79 a)}, war es dem Einfluß Ministerpräsident Daladiers zuzuschreiben, daß „in den letzten Tagen“ eine so plötzliche Neigung auf französischer Seite zur Zusammenarbeit mit Deutschland auf kolonialwirtschaftlichem Gebiet hervorgetreten sei. Von seiten des deutschen Auswärtigen Amtes wollte man sich auf keinen Fall als offizieller Partner einer Zusammenarbeit angesehen wissen, um nicht dadurch deutsche „Rechtsansprüche“ einzubüßen. Denn, wie aus einem Bericht Botschafter Welczeks vom 3. März 1939 hervorgeht, waren zwischen der deutschen „Reichsgruppe Industrie“, der französischen Regierung, in einer Besprechung durch Daladier selbst vertreten, und dem französischen Industriellenverband bereits konkrete Kolonialprojekte als Diskussionsobjekte ins Auge gefaßt worden^{97 b)}. Am 9. März betonte der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Wiehl, Weigelt gegenüber⁸⁰⁾, soweit der rein private und geschäftliche Charakter gewahrt bleibe, sei von seiten des Reiches nichts gegen solche Projekte einzuwenden. Allerdings wünsche das Auswärtige Amt keine Unternehmungen, die irgendwelches Aufsehen erregen könnten, und auch künftige Finanzverpflichtungen des Reiches seien durch diese Erlaubnis nicht gegeben.

Am gleichen Tag, dem 9. März 1939, da Weigelt durch die wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes grünes Licht für seine kommenden, ungestört neben Hitlers „großer Politik“ einherlaufenden Unternehmungen erhielt, diktierte der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Lammers, in Hitlers Auftrag ein später als Weisung des „Führers“ zirkulierendes Schreiben an den Reichsleiter des

⁷⁸⁾ PA, Pol. II (93/7): „Äußerungen französischer Politiker über aktuelle Fragen“, Bericht Graf Welczeks vom 1. 2. 1939.

⁷⁹⁾ ADAP, D, 4, S. 438 f.: Aufzeichnung Kreutzwald vom 1. 3. 1939.

^{79a)} Ebd.

^{79b)} Ebd., S. 440 f.: Graf Welczek an AA vom 3. 3. 1939.

⁸⁰⁾ Ebd., S. 343: Vermerk vom 9. 3. 1939.

Kolonialpolitischen Amtes, von Epp⁸¹⁾. Der Brief beantwortete eine Denkschrift des Reichsleiters⁸²⁾, in der von Epp vorschlug, eine Dienststelle „Reichskolonialamt (Schutzgebietenbevollmächtigter)“ zu errichten und dafür etatmäßige Mittel bereitzustellen. In seiner von Lammers verfaßten Antwort billigte Hitler die Grundgedanken der Denkschrift, nahm aber von der sofortigen Errichtung eines Reichskolonialamtes zunächst noch Abstand. Sicherlich wurde der „Führer“ dabei durch außenpolitische Rücksichten bestimmt, denn es wäre unklug gewesen, durch Einrichtung einer offiziellen Dienststelle schon auf die Ziele hinzudeuten, die den vorrangigen und bald wieder im Mittelpunkt stehenden europäischen Forderungen erst folgen sollten. Davon abgesehen aber hieß es im Schreiben der Reichskanzlei: „Vor allem wünscht der Führer, daß die Vorbereitungsarbeiten für die künftige Kolonialverwaltung in straffer organisatorischer Zusammenfassung, unter zentraler Leitung, unter Vermeidung jeglicher Nebeneinanderarbeit und im engsten Einvernehmen der beteiligten Stellen durchgeführt werden.“ Lammers hob besonders hervor, daß zwischen der Vorbereitung der künftigen Kolonialverwaltung und allen Angelegenheiten, welche die Wiedererlangung von Kolonien betreffen, scharf zu unterscheiden sei. Für die erstgenannten Angelegenheiten war nach dem Wunsch des „Führers“ in erster Linie das Kolonialpolitische Amt zuständig, die zweite Aufgabe dagegen fiel dem Auswärtigen Amt zu. „Eine enge Fühlungnahme zwischen dem Kolonialpolitischen Amt und dem Auswärtigen Amt“, so hieß es weiter, „ist um so notwendiger, als im Augenblick der Wiedererlangung von Kolonien die künftige Kolonialverwaltung schon vorbereitet und in der Lage sein muß, ihre Tätigkeit sogleich aufzunehmen.“ Obwohl Hitler im Augenblick noch kein Kolonialministerium wünschte, erging an von Epp die Weisung: „Der Führer beauftragt

Sie daher, die vorbereitenden Arbeiten für die künftige Kolonialverwaltung mit Nachdruck zu fördern und die notwendigen Vorbereitungen für die Errichtung eines Reichskolonialamtes zu treffen. Der Führer hat den Wunsch, daß diese Vorbereitungsmaßnahmen nach einheitlichen Richtlinien in straffer organisatorischer Zusammenfassung und im engsten Einvernehmen der beteiligten Stellen durchgeführt werden.“ Am Schluß des Briefes fand sich dann ein untrüglicher Beweis dafür, daß Hitler selbst — auch inhaltlich — für den Brief an von Epp und damit für die kolonialen Zukunftsplanungen verantwortlich war. Dort heißt es nämlich, der „Führer“ wünsche nicht, daß irgendwelche Maßnahmen „zur Aufstellung von farbigen Cadre-Formationen“ getroffen würden. Von seinen Ausführungen in „Mein Kampf“⁸³⁾ bis in den März 1939, als er den offiziellen Startschuß für die schon vorangeeilten Dienststellen und Ämter und deren koloniale Planungen gab, und auch später in den Kriegsjahren 1940/41 weigerte sich Hitler hartnäckig aus rassistischen, seiner Doktrin entspringenden Gründen, farbige Truppen in den zukünftigen deutschen Kolonien aufzustellen^{83a)}.

Ob es von Epp freilich so reibungslos gelingen würde, die von höchster Stelle verordnete Kompetenzenverteilung und Zusammenarbeit durchzusetzen, erscheint fraglich, wenn wir erfahren, daß zu gleicher Zeit der Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsinnenministerium um die Meldung von Offizieren, Meistern und Wachtmeistern für die Aufstellung einer Polizeitruppe in den Schutzgebieten ersuchte⁸⁴⁾ — eine Aufgabe, die eigentlich dem Kolonialpolitischen Amt und dem OKW gemeinsam zufallen sollte. Der auch auf kolonialem Feld sogleich einsetzende und sich in Zukunft noch verstärkende Kompetenzenhader ist charakteristisch für die strukturelle Ämteranarchie des Dritten Reiches. Als entscheidend aber gilt es festzuhalten: Hitler hatte die bereits angelaufenen Vorbereitungen zur Errichtung einer deutschen „Weltmachtstellung“ nun offiziell gebilligt und darum gebeten, die seiner Vorstellung nach erst in den vierziger Jahren aktuelle Frage kolonialen Landerwerbs „mit Nachdruck“ vorzubereiten. Marine und Kolonialpolitisches

⁸¹⁾ Abschrift des Briefes (RM Nr. 747/39 a) vom 9. 3. 1939 in: NA, T — 77, 642, OKW/Ausl. VII, 1838579 f.: Bericht II über den Stand der kolonialen Vorarbeiten.

⁸²⁾ Die Denkschrift konnte nicht gefunden werden. Auch Schmokel, Dream, und Weinberg, Plans, scheinen sie nicht im Wortlaut zu kennen, da sie unerwähnt bleibt. Vgl. dazu auch den Abriß über „Entstehung und derzeitige Organisation des Kolonialpolitischen Amtes“, 6. 6. 1940 (BA, R2/4971), der die Denkschrift nennt und berichtet, Epp habe Hitler darin „die Errichtung einer Dienststelle ‚Reichskolonialamt (Schutzgebietenbevollmächtigter)‘ und die Bereitstellung etatmäßiger Mittel“ vorgeschlagen.

⁸³⁾ A. Hitler, Mein Kampf, München 1941, S. 730.

^{83a)} Vgl. dazu Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich 1919—1945, Kap. VI, Abschnitt 2.

⁸⁴⁾ BA, R 19. Ordnungspolizei 15. Berlin, den 6. 3. 1939. RFSS und Chef der Deutschen Polizei.

Amt als zentrale Stellen planten bereits — von Hitler dazu angehalten — für die Phase seines „Programms“, da alle kontinentalen Ziele erreicht sein würden. Jetzt aber, im Frühjahr 1939, lagen sie noch vor Hitler.

Am gleichen Tag, dem 9. März 1939⁸⁵⁾, da der „Führer“ den Auftrag gab, die „Fahrt über See“ vorzubereiten, meldete Sir Nevile Henderson in Kenntnis der nächsten europäischen Ziele Hitlers, dessen großem „Programm“ kontinentaler Hegemonie und überseeischer „Weltmachtstellung“ gegenüber aber doch wohl ahnungslos, nach London: „Briefly I would sum up Germany's immediate objectives, (i. e., within the next year or two) as follows: Memel, Danzig and colonies, and the complete subordination of Czecho-Slovakia politically and economically to Germany. We may dislike the latter, but geographically speaking it is inevitable.“ Henderson meinte, man könne den Deutschen nicht blindlings „carte blanche“ im Osten gewähren, aber solange nicht direkt und lebenswichtig britische Interessen verletzt würden, solle sich Großbritannien einem deutschen Engagement im Osten gegenüber neutral verhalten. Chamberlains „appeaser“ in Berlin bezeichnete Rußland zwar als eindeutigen Gegner Deutschlands, glaubte aber nicht an einen Versuch Hitlers, die Ukraine abzuspalten. Dagegen hielt er eine wirtschaftliche Vormundschaft des Reiches über Rumänien als vom deutschen Standpunkt aus für erwünscht und verständlich. Auf keinen Fall aber strebe Hitler nach „world dominion“, ja er erhebe nicht einmal Anspruch auf Hegemonie über Mittel- und Osteuropa, denn das bedeute die „world hostility“, zumindest aber, die Feindschaft der europäischen Nachbarstaaten herauszufordern, „and no state, however powerful would in the end prevail against such a combination“.

Zwar wurde Sir Neviles Analyse durch die Ereignisse der folgenden Jahre teilweise bestätigt, doch ging sie insgesamt in ihrer Einschätzung der Ziele Hitlers in die Irre. Gewiß strebte der „Führer“ keine Weltherrschaft an, wie Henderson sie als „predominance not only in Europe, but in Africa, Asia and America as well“ definierte. Aber die Hegemonie über Zentral- und Osteuropa zu erringen, galt Hitler als beschlossene Sache. Der Krieg gegen die UdSSR lag als Zielvorstellung fest, und der Gedanke, nach Westen vorzudringen, war, so-

weit er Frankreich betraf, eine alte Idee und nicht, wie Sir Nevile Henderson meinte, nur dann wirklich zu befürchten, „if Germany finds all the avenues to the east blocked or if western opposition is such as to convince Hitler that he cannot go eastward without first having rendered it innocuous“. Die koloniale Frage jedoch, die Sir Nevile unter die nächstliegenden Forderungen rechnete, sollte nach Hitlers Vorstellungen erst geraume Zeit später akut werden. Wie wir wissen^{85a)}, hatte der „Führer“ für die Zeit nach der Errichtung der europäisch-überseeischen „Weltmachtstellung“ sowohl in seinen frühen „programmatischen“ Äußerungen als auch in den späteren, durch die kriegerischen Ereignisse bedingten Planungen stets an eine Auseinandersetzung mit der „Weltmacht Amerika“ gedacht — Ziele, die Sir Neviles ganz auf Beschwichtigung eingestelltem Bericht diametral zuwiderliefen, die er nicht kannte und im Zuge seiner politischen Konzeption wohl auch nicht sehen wollte.

Inzwischen hatte Hitler beschlossen, das nächste europäische Objekt in Angriff zu nehmen: am 15. März 1939 „zerschlug“ er die Tschechoslowakei⁸⁶⁾. Der „Führer“ war seinem Ziel der europäischen Hegemonie einen Schritt näher gekommen. Aber noch wurde die Presse, so am 16. März 1939, zur Zurückhaltung aufgefordert⁸⁷⁾: „Die Verwendung des Begriffs ‚Großdeutsches Weltreich‘ ist unerwünscht.“ Doch Hitlers „programmatisches“ Ziel und Himmlers Glaube an „das größte Reich . . . , das die Erde je gesehen hat“, kehrten auch in dieser Goebbelsschen Weisung wieder und ließen die mittlerweile laufenden entsprechenden Vorbereitungsarbeiten in bezeichnendem Licht erscheinen: „Letztes Wort ist für spätere Gelegenheiten vorbehalten“^{87a)}. Das tschechische Abenteuer Hitlers, dessen Methode selbst das bisher immer gelassen reagierende London brüskierte und zu Chamberlains Birminghamer Antwort vom 17. März 1939 herausforderte⁸⁸⁾,

^{85a)} Vgl. dazu A. Hillgruber, Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938—1941, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/66 vom 11. Mai 1966.

⁸⁶⁾ Vgl. dazu die Darstellung bei H. K. G. Rönnefarth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung, Verlauf, Auswirkung, Band I, Wiesbaden 1961, S. 697 ff., bes. S. 708 ff. und, für die Zeit vom 12. bis zum 15. 3. 1939, S. 753 ff.

⁸⁷⁾ BA, ZSG 101/12, S. 84, zit. nach Booms, Ursprung, S. 353.

^{87a)} Ebd.

⁸⁸⁾ Zu den näheren Umständen der Birminghamer Rede vgl. K. Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1947, S. 400 und J. W. Wheeler-Bennett, Munich. Prologue to Tragedy, London 1963, S. 355.

⁸⁵⁾ DBFP, 3rd ser., Band 4, S. 210 ff.: Henderson an Halifax vom 9. 3. 1939.

hatte die internationale Situation verschärft. So gab Rumäniens Außenminister Gafencu seiner Besorgnis darüber Ausdruck⁸⁹⁾, daß die jetzt noch bestehenden italienischen Wünsche und das deutsche Kolonialverlangen kaum mehr durch friedliche Verhandlungen geregelt werden könnten. Würde Hitlers nächstes Ziel tatsächlich in Afrika liegen, oder würde eine neue, taktisch geführte Kolonialkampagne wiederum an das seit dem Versailler Frieden

dem Reich gegenüber schlechte Gewissen der Engländer appellieren und die unliebsamen tschechischen Ereignisse bald vergessen machen? Keins von beiden sollte der Fall sein! Denn bald darauf stürzte Hitler Europa in die nächste Krise. Aber wiederum war es ein Objekt auf der europäischen Landkarte, das der „Führer“ anvisierte, schließlich durch Waffengewalt eroberte und dadurch den Weltkrieg auslöste.

Die Kolonialfrage als Faktor der Außenpolitik Hitlers

Brechen wir die Darstellung im Zeichen der heraufziehenden polnischen Krise ab und versuchen wir, die für die Zeit vom Ende der Münchener Konferenz bis hin zur „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei im einzelnen vorgetragenen Ergebnisse um koloniale Forderungen und Angebote als Mittel und Ziele der Diplomatie der Mächte in das „Konzept“ der Außenpolitik Hitlers einzuordnen. Von den zwanziger Jahren, als Hitler sein außenpolitisches „Programm“ entwickelte, bis ins Jahr 1935 hinein, betrieb er seine Politik des kolonialen und maritimen Verzichts, um mit England zum gewünschten Übereinkommen zu gelangen. Nach seiner Vorstellung sollte Großbritannien die See und das Empire, Deutschland aber den Kontinent beherrschen und „freie Hand“ im Osten erhalten. Ein Konflikt mit den Briten würde sich erst sehr viel später abzeichnen, wenn das Reich nach der Eroberung seiner Kontinentalbasis nach Übersee ausgreifen werde.

Im März 1935 lehnten Englands Staatsmänner Simon und Eden anlässlich ihres Deutschlandbesuchs dieses „Konzept“ Hitlers ab, im Juni schloß Großbritannien — nach einer ersten deutschen Drohung, auf maritimem Gebiet aufzurüsten — den Flottenpakt mit Hitler. Eine weitergehende Übereinkunft mit England blieb jedoch aus. Nun trat neben die Politik, auf Wiedererwerb überseeischer Gebiete zu verzichten, um Englands Partnerschaft zu gewinnen, die in gleicher Absicht angewandte Taktik kolonialer Sanktionsdrohungen. Die nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt durch von Ribbentrop in Hitlers Auftrag 1935/36 herbeigeführte „Gleichschaltung“ des Reichs-

kolonialbundes stellte dem „Führer“ für seine ab 1936 immer wieder angemeldeten Kolonialforderungen das notwendige Masseninstrument zur Verfügung. Zur „endgültigen Klärung“ des deutsch-englischen Verhältnisses schickte Hitler dann seinen außenpolitischen Berater von Ribbentrop als Botschafter nach London. Während der „Führer“ jedoch vor allem daran dachte, England durch koloniale Forderungen zum Einlenken zu zwingen, scheint der Wunsch nach Wiederherstellung des überseeischen Besitzes für von Ribbentrop und dessen stärker antibritisch orientierte Politik eher ein politisches Ziel gewesen zu sein.

Als Hitler am 5. November 1937⁹⁰⁾ einem kleinen Kreis von Offizieren und Politikern seine Zukunftspläne entwickelte, hatten alle bisher unternommenen Bemühungen, Großbritannien besonders durch koloniale Zugeständnisse bzw. Sanktionen auf seine Seite zu ziehen, nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es begann eine „ambivalente Politik“ Hitlers gegenüber London, die wir für die Zeit vom 30. September 1938 bis zum 15. März 1939 mitverfolgt haben: Einerseits versuchte er, die Briten immer wieder zur Übereinkunft zu bewegen, andererseits schätzte er sie als „Haßgegner“ ein. Entsprechend lernten wir Hitlers Kolonialforderung einmal als drohend erhobenes taktisches Sanktionsmittel kennen, mit dem er überseeische Wünsche anmeldete, um kontinentale Ziele zu erreichen. Zum anderen aber erschien uns die Forderung, besonders im Zusammenhang mit dem Gedanken, England als Widersacher ansehen zu müssen, mit den ab 1938 auch gegen Großbritannien gerichteten Kriegsspielen der Marine, vor allem aber

⁸⁹⁾ ADAP, D, 6, S. 26: Fabricius an AA vom 18. 3. 1939.

⁹⁰⁾ Niederschrift des Obersten Hoßbach über die Besprechung in der Reichskanzlei vom 10. November 1937, in: ADAP, D, 1, S. 25 ff.

mit dem Z-Plan Raeders vom Januar 1939 und dem Kolonialauftrag des „Führers“ vom März des gleichen Jahres betrachtet, als ein Fernziel deutscher Politik, das nicht — wie ursprünglich vorgesehen — nach einem Jahrhundert maritimer und kolonialer Zurückhaltung, sondern nach der spätestens 1945 abzuschließenden kontinentalen Stufe in der zweiten Hälfte

der vierziger Jahre aktuell werden sollte. Daher waren im Reich, dem Auftrag des „Führers“ gemäß, bereits alle Vorbereitungen im Gange, um für die koloniale Landnahme gerüstet zu sein, als Hitlers „Programm“, in zwei Etappen zur Weltmacht aufzusteigen, bereits auf der kontinentalen Stufe den Rückschlag erlitt, der ihn den Weltkrieg auslösen ließ.